

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Querformat 1 M. Angelgenpreis die 3 gespaltenen Zeitzeile 40 Pf.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schlüsse der Reklamation: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Offenheit statt Schmeichel*i*.

Charakterlose Leute betrachten jeden, der ihnen nicht schmeichelt, als ihren Feind. Es schmeichelt ihnen auch fast alle Welt, sei es, mehr oder weniger, daß anders nichts von ihnen zu erlangen ist, sei es, weil sie sich unbewußt so benehmen, daß sie den, der sich gern über seinen Nachsten lustig macht, herausfordern, sie durch plumpes oder seine Schmeicheleien zur Stolzschelte seines Übermutes zu machen.

Es gibt aber noch andere, zu die sich kein Schmeicheler wagt, weil sie jedem Achtung abnötigen. Und es gibt endlich auch solche, von denen man sicher weiß, daß sie einem mit Gönning begegnen würden, sobald man ein Wort zu ihnen gesprochen hätte, das sie für Schmeicheler ansehen. Diese erlangen gewiß bei rechten Demut; aber sie fühlen meistens, daß es kaum eine größere Belästigung gibt, als die Schmeichelrei.

Schmeichelrei kann nur ein Mensch annehmen, der es sich gefallen läßt, daß man ihn nicht ernst nimmt; vielmehr einem Schußhündchen oder einem Narren gleichseßt, oder einer, dem es gleichgültig ist, wenn man ihm weder Würde noch Charakter, weder Wahrheitsliebe noch Überzeugungskraft zutraut. Wer man achtet, dem kann man nicht schmeicheln. Von wem man weiß, daß er in seinem Tun und Denken unbestechlich ist, dem wagt man nicht durch ein Benehmen wehe zu tun, das von der Voraussetzung ausgeht, Erfriedigung der Eigenliebe gebe ihm über Gewissen, Pflicht und Recht. Einem Herrn seiner selbst hält man nicht höhnisch Schwäche und Blindheit vor. Denn in der Tat ist Schmeichelrei die niedrigste Art von Ironie, die nur darum von den Verhöhnen nicht verstanden wird, weil sie so geschickt auf seine verdeckteste Seite, auf seine Eitelkeit, abzielt.

Zus.: „Die Kunst, zu leben“ von Dr. Albert Maria Weiß.

### Mitgliedersichten.

Erfüllte deine Pflicht.  
Was höheres gibt es nicht.  
Sandras.

Über die Rechte der Mitglieder an ihre Organisation wird in der Regel viel mehr geredet wie über die Pflichten. Das mag erklärlich sein, aber für den inneren Geist und die Entwicklung einer Organisation kann es gefährlich werden. Rechte und Pflichten müssen stets im richtigen Einklang stehen, so sie bedingen sich gegenseitig. Erst treu erfüllte Pflichten sichern uns auch die zustehenden Rechte; das ist so im Staat, in der Gemeinde, in jeder Gemeinschaft und auch in unserer Berufsgesellschaft. Die Erfüllung der Pflichten durch jedes einzelne Mitglied des Verbandes steht diesen erst in den Stand, seinen hohen Aufgaben und Zürken gerecht zu werden und den Rechten der Mitglieder in der Praxis Bezahlung zu leisten.

Leider — das muß offen gesagt werden, gibt es aber noch allzu viele Gewerkschafter, die nur auf ihre Rechte pochen, oft sogar mehr verlangen, wie ihnen überhaupt zusteht, aber es mit der Erfüllung ihrer Pflichten durchaus nicht so genau nehmen. Es würde dieserhalb angebracht sein, auch die Pflichten der Mitglieder von Zeit zu Zeit in gebührende Erinnerung zu bringen. Ein vollwertiger, pflichtberufener Gewerkschafter wird folgendes sein:

#### 1. Ein pünktlicher Beitragszahler.

Im heutigen Wirtschaftsgetriebe, angeführt der kapitalistischen Unternehmerverbände, wird mit der Organisation Ansehen und Aussicht auf Erfolg ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten haben, die über eine starke leistungsfähige Kriegsschasse verfügt. Dazu bedarf es aber der Opferwilligkeit und Pflichtlichkeit im Entrichten der Beiträge. Das ist auch deshalb notwendig, um Ordnung und Sicherheit in der Verwaltung — sowohl in den Zentralstellen wie an den Bezirksämtern — zu ermöglichen.

Das pünktliche Entrichten der Beiträge liegt zu dem im ureigensten Interesse eines jeden Kollegen selbst, weil es das Anrecht auf Unterstützung verbürtigt, wenn er mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Deshalb, Kollegen, zahlt pünktlich, immer eine Woche im Voraus, die Beiträge; fügt das hinzu, daß sie bereit liegen, wenn der Vertrauensmann kommt, und falls in der Abholung mal eine Störung eintreten sollte, dann schließt es nicht auf die lange Bank, sondern geht hin zum Kassierer oder Vorständen oder einem andern Verbandsfunktionär und macht die Sache in Geduld.

#### 2. Ein reizloser Versammlungsbesucher.

Die Klageleider über den schlechten Versammlungsbesuch — wie sie insbesondere in letzter Zeit angestimmt werden — sind zum Erbarmen. Sie sind aber auch ein Beweis dafür, daß ein großer Teil unserer Mitglieder in diesem Punkte ihre Pflicht vernachlässigen. Das sollte nicht sein. Wie notwendig ist den meisten Kollegen die Auflösung und Schlußung in den meisten Gewerkschaftsfragen, wie nützlich ist der gegenseitige Gedankenauftausch. Das kann aber nur in den Mitgliederversammlungen geschehen, ebenso die Wachhaltung der Begründung und die Anfeuerung zur unermüdlichen Weiterarbeit. Wie staunt sie es bei den gewöhnlichen Versammlungsschwärzern aus? Sie kennen nicht einmal die einschärfsten Bestimmungen des eigenen Statuts, sie wissen nichts von den Vorgängen in der örtlichen Verwaltung, haben keine Ahnung vom Stand ihrer eigenen Heimat. In der Verteidigung unserer Sache und in der Agitation versagen sie vollständig.

Das sind doch keine Gewerkschafter, sondern nur Kassenmenschen, die sich gegen Erwerbslosigkeit, Streik und Aussertretung verzichert haben. Zudem entmündigt der miserable Versammlungsbesuch auch noch die eigenen Kollegen, die in der Versammlung erscheinen, und verbittert beim örtlichen Vorstand seine gut gemeinte und mühevolle Arbeit. Deshalb rafft Euch jetzt einmal auf, Kollegen, fahrt den festen Vorsatz: Von jetzt an verschäume ich keine Versammlung mehr, wenn ich nicht durch zwingende Gründe abgehalten bin.

#### 3. Ein eifriger Leser des Verbandsorgans.

Unsere Verbandszeitung ist das Sprachrohr und das Blattzeug der Gesamtarbeiterenschaft. Die Herstellung erfordert viel geistige Arbeit und große materielle Kosten. Diese Auswendungen aber sind zwecklos angewendet, wenn diejenigen, für die die Zeitung hergestellt wird, es nicht einmal für nötig halten, das Gebotene zu lesen. Ein echter und rechter Gewerkschafter wird seine Verbandszeitung stets schon mit Spannung erwarten und mit einem wahren geistigen Heißhunger über den Inhalt herfallen. Aber dann nicht nur oberflächlich darüber hinwegfliegen, sondern den Inhalt gründlich studieren, die wichtigsten Zusätze mehrmals durchlesen, vornehmlich die prinzipiellen Abhandlungen und Beiträge.

Viele Kollegen lesen mit die Polemiken mit den Gegnern, und wenn sie dann nichts von der eigenen Zahlstelle vorsinden, haben sie ihre Zeitkarte beendet.

Außerdem soll es sogar Mitglieder geben — man soll es tatsächlich für unmöglich halten — die überhaupt keinen Blick in die Zeitung hineinwerfen, sie gar nicht in die Hand nehmen. Solche Kollegen sind dann auch in der Regel identisch mit den Versammlungsschwärzern, und dann ist es nicht weiter verwunderlich,

dass sie oft die haarsträubendste Unkenntnis der einfachsten Gewerkschaftsvragen an den Tag legen und die unglaublichesten Ansprüche an die von ihnen so schmälerlich vernachlässigte Organisation stellen. Das ist aber eines befundenen organisierten Arbeiters unvölkig und deshalb: Sehr regelmäßig mit: Studiere dein Verbandsorgan!

#### 4. Ein arbeitsfreudiges Verbandsmitglied.

Um das Ziel unserer Organisation, die Gleichberechtigung des Arbeiters, zu erreichen, bedarf es einer großen Zahl von opferwilligen und arbeitsfreudigen Kollegen, die sich als aktives Vorstand

mitgliedet und Vertrauensmänner in den Dienst der Gesamtheit stellen. In der persönlichen Hingabe für die Allgemeinheit liegt der höchste Idealismus und die größte Opferwilligkeit. Leider gibt es genug besitztige Kollegen, die nur aus Bequemlichkeit jede persönliche Mitarbeit in der Organisation ablehnen. Ist es nicht ein Jammervolles Bild, wenn in mancher Ortsgruppe nicht einmal die genügende Zahl von Funktionären zu finden ist? Dass es in solchen Orten nicht vorwärts gehen kann, ist allzu begreiflich.

Wer trägt aber die Schulb und Verantwortung dafür? Doch nur diesen Kollegen, die wohl fähig dazu wären, aber zu bequem dafür sind, die Arbeit in ihre Hände zu nehmen. Das würde eigentlich in unserer christlichen Arbeiterschaft gar nicht möglich sein. Unsere ganze Organisationsarbeit ruht auf dem Selbstverständigt, dessen Jährlinie ausdrückt in dem Satz: „Einer für Alle“ niedergelegt ist. Ein pflichtbewusster Gewerkschafter, der die nötigen Fähigkeiten besitzt, wird sich niemals weigern, einen Posten im Dienste des Verbandes anzunehmen. Die eifigen Arbeiter im Weinberge der Organisation aber dürfen mit dem Dichter Weber sagen:

Oft hab' ich andere froh gemacht,  
Und stets an mich gelebt gebacht,  
Ich diente — und mein Lohn ist Frieden.

Dieser Lohn ist wohl der treuen Pflichterfüllung wert.

#### 5. Ein unermüdlicher Agitator.

Der größte Teil der Arbeiter — auch in der Metallindustrie — steht heute noch bei Organisationen zu. Sie sind das Hindernis, das Wegegewicht an den Füßen des vorwärts strebenden Arbeiters, das die Erreichung unserer Ziels so sehr erschwert. Mit jedem Arbeiter, der aus dem Heere der Indifferenzen zur Gewerkschaft übergetreten wird, ist unsere Position gestärkt. Deshalb erfordert jeder pflicht- und zielbewusste Gewerkschafter im Kampfe gegen den Indifferenzismus seine wichtigste und vornehmste Aufgabe. Diesen Kampf kann man jedoch nicht mit Schlägen und Pöhlern führen, das kostet nur ab, sondern mit einer geistigen und beharrlichen Agitation. Der Erfolg dieser Arbeit ist zur Zeit noch eine Lebensfrage für unsere gesetzliche Gewerkschaftsvereinigung.

Grundsätzlich ist es nun, wenn viele Mitglieder diese Agitationsarbeit seelenruhig den örtlichen Vorständen, Vertrauensmännern oder freiwilligen Beamten allein überlassen. Wo das geschieht, muß die Bewegung stagnieren oder gar zurückgehen. Jedes einzelne Mitglied hat die heilige Verpflichtung, seinerseits bei der Gewinnung neuer Streiter für unsere Sache mitzuwirken, und es ist auch jedem die Gelegenheit dazu gegeben. Wenn jeder Verbandskollege im Jahre nur zwei neue Mitglieder der Organisation zuführen würde, dann wäre das schon allein eine Verbreitung unserer Zahl und da könnten auch schon eine Anzahl wieder verloren gehen, die Entwicklung würde dennoch eine bessere sein. Aber nicht allein in der Gewinnung neuer, sondern auch in der Festhaltung der vorhandenen Mitglieder soll sich jeder Kollege betätigen. Die Illusion besteht zweifellos lange nicht so stark sein, wenn alle Gewerkschafter nach der Sichtung hin das Mögliche und Mögliche getan hätten. So darum jeder Kollege, ganz besonders in der gegenwärtigen Zeit der Krise, ein Agitator und Pionier unseres Verbandes.

#### 6. Ein bildungsbewußtseuer Arbeiter.

„Wissen ist Kraft“, sagt das vielzitierte Sprichwort, das wie in der Vergangenheit so auch in der Gegenwart noch seine volle Bedeutung hat. Ein guther Gewerkschafter wird jede Möglichkeit und Gelegenheit benutzen, um sein Wissen zu bereichern und seine Bildung zu vervollständigen. Das kann er durch den Besuch der Versammlungen, Lesen des Verbandsorgans und Studium der anderen gewerkschaftlichen und sozialen Literatur, vornehmlich auch durch Zuhören am Lehrerichtshaus.

dem Urthe einer einigemalsselbst. Nicht der Mensch allein, sondern Wissen und Bildung verschafft dem Menschen heute Ansehen und Einfluss. Die Voraussetzung zur Gleichberechtigung des Arbeiterstandes beruht viel weniger in der wirtschaftlichen Verbesserung, als in dem gesetzigen Emporsteigen der arbeitenden Klasse. Das östern wie niemals aus dem Gedächtnis verlernen. Und darum, schaut und bildet Euch, Kollegen, wo Ihr immer nur Gelegenheit dazu habt.

Sieben Pflichten haben wir in Vorstellung in ganz kurzen Sätzen aneinander gereiht, um sie allen Kollegen und Kolleginnen in Erinnerung zu bringen. Hoffentlich werden alle diesejenigen, die es angestellt, sich dieselben recht tief einzuprägen und praktisch zur Ausführung bringen. Wahre Pflichterfüllung bringt innere Befriedigung. Wie sagt der Dichter Rückert so schön in seiner „Weltkunst des Brahmanen“:

„Du recht und schreibe Dir nicht als Verdienst es an;  
Denn Deine Schuldigkeit allein hast Du getan.  
Du's gern! und wenn Dir das nicht zum Verdienst  
gerichtet,  
So freust Du doch zur Lust, daß Dir die Pflicht  
ward leicht!“

## Gedanken und Theorien über Handels- und Wirtschaftskrisen.

Wintert! Die Erde ist eingebraucht, Nester und Biesen ihrer Früchte und Schmudes beraubt. Bäume und Strudcher entlaufen sich und die Tage werden länger und kürzer. Der Sonne Schein und Wärme wird spärlicher und nimmt ab. Der Winter hat seinen Einzug gehalten.

Gleich dieser alljährlichen Veränderung im Leben der Natur vollzieht sich zeitweise eine Veränderung im Wirtschaftsleben. Mit der Einkehr des Winters tritt bei einer Reihe von Berufen Geschäftsstille ein. Die Arbeitsgelegenheit verringert sich, und viele sonst tüchtige und gesunde Arbeiter werden arbeits- und brotlos. Es kommen für diese Zeit hauptsächlich in Betracht die landwirtschaftlichen Arbeiter und jene in den Baugewerben. Bei der letzten Arbeitslosenzählung am 2. Dezember 1895 wurden in Landwirtschaft und Gärtnerei 158 340 arbeitsfähige Arbeitslose gezählt; im Baugewerbe 145 121; in der Berufsgruppe: Industrie der Steine und Erden 20 615, im Berfehrsgewerbe 11 603; bei der Berufsgruppe: Beherrschung und Erziehung 11 888 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit in den genannten Berufsgruppen ist alljährlich während des Winters eine mehr beschränkte, und die in die in diesen Berufen tätigen Arbeiter haben mit wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu rechnen. Das gleiche Schicksal trifft in den voraus genannten Berufsangehörigen teilen die übrigen Saisonarbeiter, wie zum Beispiel Konfektionsarbeiter, Schneider, Schriftschriften, nur mit dem Unterschiede, daß der Zeitpunkt der Arbeitslosigkeit ein anderer ist.

Nicht man in Betracht, daß die Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeiters oft länger als vier Wochen dauert (am 2. Dezember 1895 wurden 171 881 arbeitsfähige Arbeitslose gezählt, die über 4 Wochen, bis 13 Wochen, arbeitslos waren), so kann man ermessen, wie schwer das Gewissen der Arbeitslosigkeit und diese selbst auf dem Arbeiterstande lastet.

Gewiß, die winterliche Arbeitslosigkeit trifft nur einen Teil der Arbeiterchaft, die mit der Wirtschaftlichkeit zusammenhängende Arbeitslosigkeit zu rechnen hat; sie ergibt sich aus der Natur des Berufes oder aus den Witterungsverhältnissen. Der Saisonarbeiter, der Bauhandwerker, der Bauunternehmer, er weiß, daß zu gewissen Zeiten des Jahres Geschäftsfälle eintreten. Er kann damit rechnen, vielleicht auch das damit verbundene Risiko bei der Feststellung

des Preises über Arbeitslosigkeit in Ansatz bringen. Zu der vom Reichsstatistischen Amt 1908 beim Reichstag vorgetragenen Denkschrift, betreffend die Arbeitslosenversicherung heißt es diesbezüglich auf Seite 305: „Für die in solchen Berufen tätigen Personen ist die winterliche Arbeitslosigkeit nicht ungewöhnlich, vielmehr haben sie mit derselben als einer normalen Einrichtung schon zurzeit ihrer Beschäftigung zu rechnen und entsprechende Vorsorge für die kommenden arbeitslosen Tage zu treffen, was sie um so leichter tun können, da die sogenannten Saisonarbeiter auch höher entlohnt werden als andere Arbeiter.“

Es ist zweifellos richtig, daß für einen Teil der hier in Betracht kommenden Arbeiter das vorher Gesagte zutrifft; daß dann, wenn die Angaben für die Lebenshaltung unter Berücksichtigung des Gesamtkostensummens bewiesen werden, die Wirtschaftlichkeit und die Arbeitslosigkeit unschwer überwunden werden kann. Viele Hunderte aber kommen bei Arbeitslosigkeit in eine hämmische Lage, wodurch der vom Reichsstatistischen Amt in der bezeichneten Denkschrift bezeichnete Fall nicht in alleinig zutrifft. Die Vorsorge für unverzuholt Arbeitslose ist also auch in dieser Hinsicht noch ein Problem, das zu lösen gewerthasen, Gemeinden und Staat sich angelegen sein lassen sollte.

Die vorbeschriebene Aufgabe ist nicht so schwer, daß sie nicht erfüllt werden könnte. Handelt es sich doch lediglich darum, die Schäden abzuwenden, von welchen ein Bruchteil der Arbeiter fast regelmäßigt betroffen wird. Schwieriger ist es, gegen die durch unregelmäßig eintretende

### Wirtschaftskrisen

hervorgerufene Arbeitslosigkeit anzukämpfen. Dabei werden in der Regel größere Arbeitermassen auf unbestimmte Dauer in Mitteldienst gezogen und geschädigt. Durchgreifende Hilfsmittel und Einrichtungen zur Abwendung dieser Krisen-Schäden sind auch schwer zu beschaffen. Das einfachste wäre, die Handels- und Wirtschaftskrisen zu verhindern, und so die bestlogten Folgeerscheinungen zu beseitigen. Die Beseitigung der periodischen Handels- und Wirtschaftskrisen ist aber das schwierigste unter allen sozialen Problemen, welche die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte gezeigt hat.

Industrielle Wirtschaftskrisen sind eine relativ neue Erscheinung. Eigentliche Wirtschaftskrisen kannte man früher nicht; es gab nur Krisen bei Misshandlung und bei Kriegen. Der moderne Industrialismus und der durch die modernen Verkehrsmittel hervorgerufene Weltmarkt im heutigen Umfang waren früher unbekannt. Das Gewerbe siedelte für den lokalen Markt, der leicht zu übersehen war. Buden regierten die Händler die Produktion. In der Abhandlung: „Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeistlichen Entwicklung“ sagt Dr. Ed. Otto: „Die jüngste für Gewerbepolitik ist von sozialen Gesichtspunkten getragen. Der Gedanke der Gewerbefreiheit, der freien Konkurrenz ist threnend. Sie ruht vor allem ein Überwiegen des Kapitals zu verhindern, indem sie den Genossen zwingt, nur eigene, d. h. aus seiner Werkstatt hervorgegangene Errungenschaften zu verkaufen.“ — Nicht nur die Zahl der Gesellen, in manchen Fällen wird sogar ein gewisser Höchstbetrag der Gütererzeugung für eine gewisse Zeit festgesetzt. Die Dauer der Arbeitszeit wird durch die Kunst bestimmt. Große Rohstoffe wurden von der Kunst angekauft und zu gleichen Preisen nach Bedarf unter die Genossen verteilt. Man will dadurch verhindern, daß der wohlhabendere Meister durch den Einsatz größerer Vorräte geringere Einheitspreise erzielt als der ärmer.

Professor Werner Sombart legt in seinem Buche: „Der moderne Kapitalismus“, ebenfalls dar, wie der Stand der ökonomischen Technik die Existenz des Handwerks im Mittelalter sicherte. Ein gewisser Tiefstand der gewerblichen, sowie der Transporttechnik sicherte den Bezug der Produktionsmittel zu billigen Preisen, sowie auch den Absatz, weil „zwischen Nachfrage und Angebot ein stetes Gleichgewicht oder ein Molverhältnis besteht, daß die

Nachfrage dem Angebot entspricht“. Von dem Zeitpunkt ab, ab dem durch die Erfindung der Dampfmaschine, daß die Wirtschaft qualitativ langsam wechselt und die Kaufmännische Gruppe Ende des Mittelalters an Wohlhabenheit zunehmende Bauernstandes wuchs.

Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts fanden andere wirtschaftliche Theorien Eingang und Durchführung, wie sie die Zeitung hatten. Entsprechend dem damals bestehenden sozialen Absolutismus wurde von Staatsmännern, zunächst von Colbert in Frankreich, der sogenannte Merkantilismus entwickelt. Dieser versuchte die Industrie und landwirtschaftliche Wirtschaftspolitik durch staatliche und nationale zu erheben. Die gewerblichen Organisationen wurden unterdrückt und das Wirtschaftsleben von oben herab zu reglementieren versucht. Die Gewerbetreibenden kamen unter staatliche Verwaltung. Staatsfabriken wurden errichtet, um die Zwecke des Wirtschaftslebens ausschließlich durch den Staat, die Einzelheit und die Mängel dieses Wirtschaftssystems mit keinem Nutzen riefen eine starke Gegnerschaft und Gegenpartei hervor. Professor Hugo Preussano beurteilte in seiner Rede beim Antritte des Rektors der Universität München 1901 dieses System wie folgt: „Als das Merkantilismus im Wirtschaftsleben Anwendung fand, gewann die Vorstellung Geltung, als ob es lediglich von dem Wollen und der Kühigkeit der Herrschenden, von den Intrikanten und Gesellen, die sie ins Leben riefen, abhängt, um jedes gewollte wirtschaftliche Ziel zu erreichen. Das war ein verhängnisvoller Irrtum.“

An seine Stelle trat dann, mitveranlaßt durch die Theorien ihres Vorläufers, Adam Smith, die industrielle Wirtschaftsordnung. Diese brachte die sogenannte „wirtschaftliche Freiheit“. Sie kann nur produzieren, was er will, soviel er will, wie er will und wo er will, ganz anders als im Mittelalter, wo alles geregelt war. Die Begründer dieser Wirtschaftsordnung nahmen an, Produktion und Konsumtion würden sich ganz von selbst im Gleichgewichte halten, wenn nur wirtschaftliche Freiheit herrsche. Aber es zeigte sich bald, daß diese Freiheit zur völlig plan- und ziellosen Produktion und deshalb zu schweren wirtschaftlichen Krisen führte. Dem ansangs, namentlich in England eintretenden Ausschwingen von Handel und Werke folgte nämlich bereits im Jahre 1818/19 der erste Pracht, eine Wirtschaftskrise. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit folgten weitere Krisen: 1825/26, 1837, 1847, 1857; sodann eine der schwersten in Deutschland 1873, die eine fast 6 Jahre währende wirtschaftliche Depression hervorrief. Auch die Zeit von 1882 bis 1887 war geschäftlich starr. 1893 ist wieder ein Krisenjahr im europäischen Wirtschaftsleben, ebenso das Jahr 1907/08. Seitdem war wieder eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs, der nun, seit 1907, eine solche wirtschaftlichen Niedergangs gezeigt ist.

Unter dem Einfluß der steigenden Wirtschafts- und Handelskrisen entstand die

### sozialistische Theorie

vom Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionstheorie und Gesellschaftsordnung. War doch, wie schon angedeutet, die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten 50 Jahren des Maschinenzeitalters für viele wirtschaftliche Existenzarten wortvoll und ruhig. Hunderte und Tausende verloren ihre Selbständigkeit. Die Konzentration der Vermögen begann. Die Verwendung technischer Mittel in der Produktion bestimmte den wirtschaftlichen Charakter und setzte die alten Betriebsformen auseinander. Das war für Karl Marx Veranlassung zur Auffassung seiner Theorie von der industriellen Arbeitseigentum. Gelingt von dem Standpunkte aus, daß durch die Einführung der Maschinen und Weiterbildung der technischen Vorrichtungen die Arbeit ausgiebiger und deshalb viele Arbeitsergebnisse überflüssig würden. Die Zahl der Proletarier werde immer wachsen und das Elend immer größer werden. Bei eintretender Krise kämen dann weitere Arbeitermassen hinzu.

Zu den bereits genannten drei Grundlegenden Verdinungen zur Kunstspleiße muß sich der Sinn für das Schöne und Naturwahrte seßen. Alles was einfach, was naturlich ist, ist auch schön. Wie viel wird aber in unseren Wohnungen hier selbst selbstverständlich! Wenn man in manches Wohnumen hineinkaut, mit bunten zu ammenewürfelten Tapeten, ihrem Ornamenten und Schnörkeleien überluden Möbeln, ihrem Wust an Kippstücken und sonstigem Schnickschnack, dann man sich denn doch wohl: Wo ist hier das Verständnis für wahre Kunst? Auch unsere „ebsterfamilien sind nicht frei von diesem Hang. Man kann ja solche zierliche und auffällig ausgestaltete Möbel zu Schleupreisen in den Warenhäusern und Möbelwaren erleben. Verlorenen Kunst! Anders kann mit derartige mit mit allem möglichen Kitzelkram und Hieraten überzitterten Möbel nicht nennen.

Doch solche Sachen produktionen nichts wert sind, zeigt sich meist schon innerhalb weniger Monate. Der Anstrich wird blau, die angeklebten Ornamente lösen sich, die Schnörkeleien füllen sich mitstaub. Sie haben ihr Ansehen verloren und stehen nun da wie die Frauengeschenke einer besseren Zeit. Es ist schon des öfteren in diesen Plätzchen auf diese Nachteile hingewiesen worden, die der Künstler „silvollen“ Möbel und Luxusgegenstände im Gefolge hat. Wir müssen freilich, daß in den Warenhäusern und Möbelwaren ja nicht anders sein wird. Über ist denn jeder gezwungen, derartigen Plunder zu kaufen? Es würde gewiß anders werden, wenn das Kaufende Publikum derartige Sachen verschämt, und somit die Händler gezwungen wären, etwas Besseres zu liefern.

Auch der Schmuck der Wohnräume sei einfach. In der Verdränung zeigt sich auch hier der Meister. „Ses zwisch, jede Überladung beeinträchtigt die Schönheit.“

## Die Pflege der Kunst im Arbeiterheim

Kunst und Schönheit können wir alle in unsern Händen tragen. Es kommt nur darauf an, was wir darüber verstehen. Unter dem Punkt „Kunst im Heim“ verstehten viele die Anhäufung kostbarer Gegenstände, Bilder, Bildwerke, prunkvolle Döppel usw. Noch andere meinen, Kunstinn und Kunspflege habe sich im Sammeln von Werken zu betätigen, die der Kunstsinn festiger Jahrhunderte hervorgebracht. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, läuft es sich denn auch erklären, daß gerade in den weniger benützten Räumlichkeiten die Meinung sich einbürgern könnte, die Pflege der Kunst sei nur ein Vorrecht der Reichen.

Dazu ist aber nicht so. Die Kunst ist nicht immer durch die Kostspieligkeit der Gegenstände bedingt. Es gibt manche sogenannte Kunstwerke, die sehr teuer waren, aber im Grunde nichts anderes als Geschmacksverirrungen sind. Um seinem Heim einen künstlerischen Anstrich zu geben, bedarf es keiner großen Mittel. Die Gesetze der Kunst sind einsch und jedem verständlich. Schon die Liebe zur Reinlichkeit und Ordnung, der Sinn für Einfachheit und das Naturwahrte sind grundlegende Bedingungen der Kunst.

Vor einigen Tagen besuchte ich einen Kunstsalon in einer größeren rheinischen Stadt. Lange stand ich dort vor einem Bild, das mich in seiner Einfachheit ergriff. Es stellte eine plärrische Bauernstube dar. Zur blütenweißen Vorhänge brach das volle Licht der Abendsonne und ergoss seinen goldenen Schein über die weißen Dielen und die weißgelündete Wand. Ein brauner Schrank mit Buchenscheiben, ein Tisch in der Mitte, drei Stühle, ein Muttergottesbild, eine Uhr mit hellem Zifferblatt und schwimmenden Gewichten. Auf dem Fensterbrett, von Sonnenglanz umwohn, ein blau blühender

Hyazinthentopf. Das war alles. Und über dem Ganzen schwieg ein wohlruhender Hauch von Ordnung und Reinlichkeit Sauberkeit.

Hier finden wir alles, was zur Kunstspleiße in unserem Heim erörterlich ist. Ein oder Mittel, jeder wann zu wählen. Lassen wir doch das Licht des Tages in unseren Wohnungen hineinkommen. Die liebe Sonne, vor deren neuartigen Strahlen sich kein Schmutz, kein Flecken verbirgen kann, die bis in die tiefsten Winde hineinleuchtet. Wir kennen alle die tödende Kraft ihrer Strahlen. Wohlhaftig in're Wohrlungen würden viel gesünden werden, wenn wir nicht ängstlich jedem Sonnenstrahl abzuwehren suchen. Schönheit und Gesundheit sind unzertrennbar. Sorgen wir daher für Gesundheit unserer Räume. Wenn ein Kunstwerk die rechte Bekleidung hat, so erzielt es auf dem Platz quer eine weit gehende Wirkung als wenn es in einer dunklen Ecke steht. Das gilt auch von unseren Wohnräumen.

Liebe zur Reinlichkeit bedingt zum zweiten das Wesen der Kunst. Reinheit des Herzens sowohl wie die Reinheit, die sich im Künstler und in ihm, mag uns umfassen, fundet. Auch die grösste Vermut kann sich die Tugend zu eigen machen. Souper und Gedanken müssen alles sein, unser Körper, das Kleid, Fußstöcke, Wände und Fensterat.

Dritter Kunstsaktor ist die Ordnung. „Segensreiche Himmelsstädter“, wie sie der Dichter nennt. Für jedes Ding einen Platz und jedes Ding an einen Platz. Nicht im Zimmer dulden, das nicht hinein gehört oder einen Zweck nicht erfüllt. Wie außerdem ist ein Stüber, in dem der Geist der Ordnung und Reinlichkeit walzt. Mag auch der Fensterat noch so einsch, reinlich und sauber gestalten und am nächsten Platze stehen, wird er dennoch eine schlechte Wirkung erzielen.

zurückgeworfen auf das Elterlein und es wurde die soziale Revolution einsetzen. In dem letzten Jahr 1847/48 schreibt Marx: „Das **Elterlein** ist in Europa das **Urteil des Kommunismus**. Und **es geht** die Propheteie für das Jahr 1868 mit dem Einsetzen einer neuen Kritik den Ausbruch der Revolution.“

In das Programm der sozialdemokratischen Partei wurde das Wesentliche der marxistischen Auffassung übernommen. Das Erfurter Programm vom Jahre 1891 sagt daher: „Der Grund gewöhnlichen Bestehenden und Bestehenden wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unstethheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privatkapitalismus an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit der voraussprechenden Anwendung und ihrer Entwicklung.“

Dieses Programm basiert auf alten Ausschauungen, nach den vorliegenden Tatsachen glauben selbst Sozialisten, ja Bernstein u. a. nicht mehr daran, daß die Vermögensunterschiede immer größer werden, die Verelendungs- und Katastrophentheorie richtig ist. Der verstorbene Abg. Ign. Auer sprach bereits 1898 in einer Versammlung in Berlin aus, daß die Katastrophentheorie zum großen Teil auf Prophezeiungen beruhe. Er fügt dem bei: „Die schlechten Erfahrungen wir aber gerade in der Politik mit Prophezeiungen gemacht haben, davon kann sich jeder überzeugen. Wer erinnert sich nicht an die Prophezeiung, daß in diesem Jahre der große Klabbereich eintreten würde, der aber noch nicht eingetreten ist?“ Weiters ist bekannt, daß die Einleitungssätze des Erfurter Programms nicht bestehen bleiben können, wenn wir die Elendstheorie, wie sie bisher von uns vertreten wurde, aufgeben.“ Und sie kann als ausgegeben gelten.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Edmund Selscher schrieb später in der (soz.) „Neuen Gesellschaft“: „Vielstoss ist in allen Berufen der Lohn wesentlich gestiegen und die Arbeitszeit allgemein verkürzt worden, sodass nur noch eine kleine Zahl von gewerblichen Arbeitern mehr als zehn Stunden arbeitet. Gleichwohl sind auch die Wohnungsmieten gestiegen, aber dafür wohnt auch der Arbeiter besser als früher. Auch die Lebensmittel sind teurer geworden, dafür aber Industrieprodukte billiger. Die Gewerbeaufgaben für den Haushalt sind heute besonders billig. Auch eine Lebenshaltung haben sich die Arbeiter mit ihren Organisationen erhöht, die trotz der geprägten Lebensmittelpreise und höheren Wohnungsmieten eine bessere ist als sie früher war.“

Ein Beweis für das von Selscher Gesagte wurde im Vorjahr, in Nr. 12 der „Neuen Gesellschaft“ wieder gefestigt, durch eine Lohnstatistik. Nach derselben sind in einer größeren Zahl von Berufsgruppen die Löhne von 1894 bis 1905 teilweise ganz erheblich gestiegen. So wird z. B. dort angegeben, daß der Durchschnittslohn der bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Gewerkschaft beschäftigten Arbeiter von 882 Mk. auf 1170 Mk. in die Höhe ging; in der Leberindustrie von 802 auf 974 Mk. usw.

Das Aufstellen der Arbeiterschaft von England“ hat Hans von Postig in seinem doppelbigen Werk (Zena, Gustav Fischer) nachzuweisen versucht. In einem Artikel der soz. „Münchener Post“ vom 15. Nov. 1906, „Sozialismus in den Vereinigten Staaten“, ist „die vergleichsweise bestrebende ökonomische Lage des amerikanischen Arbeiters“ als Grund für das Nichtempfinden eines Bedarfes nach sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen angegeben. In dem kürzlich erschienenen Buche des Dr. Hermann Willke: „Die Finanzen Japans“ wird nachgewiesen, daß sich die Lohnsätze fast aller gewerblichen Arbeiter in Japan von 1892—1904 fast verdoppelt haben. Auch die Arbeitszeit ist allgemein kürzer geworden. In den Jahren 1750—1850 war die Arbeitszeit eine 12—15stündige, heute haben wir eine von 9—10 Stunden, vielfach auch

zwei schlichte Heim ist schön. Denn es bedarf keines Terroragenden Schmiedes, um Schönheit hervorzuziehen. Blumen am Fenster, einige langstielige Blütenimelpe in einer Vase auf dem Tisch, blütenreiche Vorhänge. Nur dem schlichten Heim kann dann noch ein künstlerischer Anstrich verleihen werden. Erade Blumen sind ein Schönheitsmittel von wunderbarer Wirkung. Wir meinen jedoch tatsächlich natürliche Blumen. Sie in vielen Wohnräumen prangenden grossblumigen Blumensträuße auf Papier haben keinen Anspruch auf Schönheit. Es sind Standesänger, besgleichen die die Wände zierenden Malereien, die beklebten und bronzierten Wandteller u. dgl. m.

Im Wohnschmuck wird in manchen Familien sicherlich zu viel getan. Die vielen Photographien, die häflichen Leinwände in dreitenden Farben verschönern unsere Wohnungen keineswegs. Um die Wände zu beleben, bedarf es nicht weiter Bilder und Rittern. Ein einzelnes Bild in gutem Rahmen und an einer gut belichteten Stelle aufgehängt, ist von ungleich besserer Wirkung. Kunstschilderungen sind schon zum Preise von 3 bis 6 Mark aus dem Verlage von Voigtländer u. Co. nur zu beziehen. Ferner empfiehlt sind die Meisterbilder, von der Hand besserer Künstler herrschend, herausgegeben vom „Kunstcafé“ (Gallmeis Verlag), die Bilder der Gesellschaft für christliche Kunst, München, Karlsruhe. 6.

Denken wir an das eingangs erwähnte Bild des niederländischen Meisters. Einfacher Konservator, helle Wände von wenigen Bildern behält, Blumen am Fenster und darüber anderes an der Hauch der Ordnung und Sauberkeit und ein goldenes Paar von Licht.

Das ist alles, was wir brauchen, um den Raum des Schönen und der Kunst in unser Heim hineinzutragen. (Arbeitsfamilie, Wallage der Wied. Redaktion)

8 Stunden, mit ein Studium der Arbeitsergebnisse länger als 10 Stunden.

Diese Tatsachen widerlegen die sozialistische Theorie und den „wissenschaftlichen Sozialismus“ fast gar Sicherheit. Kein Wunder, wenn jetzt fortgeschrittenere Geister innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung rebellisch werden und unglaublich und verständnislos ihrem Programm und ihren Lehrenstellen gegenüberstehen. Der frühere sozialdemokratische Agitator und seit langem tätige Redakteur Nagelius schrieb vor kurzem im „Korrespondent“: „Nicht einmal die wichtige Konzentrationstheorie, aus welcher das Wesentliche der Zukunft des modernen Sozialismus geschöpft wird, ist heute, fünfzig Jahre nach ihrer Entdeckung und ebensofort wirtschaftlicher Entwicklung, in vollem Umfang beweisfähig.“ Auch die Betriebsverhandlungen wird von dem genannten abgetan, während er von der Krisen- und Katastrophentheorie sagt, daß sie „bis heute noch klaffende Lücken hinterlassen hat“.

Die sozialistische Lehre von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hat sich in der Haupttheorie als falsch erwiesen. Das Verlangen nach planmässiger Produktion zu Verhinderung von Stufen- und Depressionsperioden ist geblieben; es wird von fast allen Seiten geteilt. Der Durchführung steht aber erhebliche Schwierigkeiten gegenüber. — Die Übersicht und Einsicht in die wirtschaftliche Konjunktur ist bei der

### Weltwirtschaft,

dem bewußtesten aller Wirtschaftssysteme, aufsotzberücksichtigt schwer, zumal als zwischen Produzenten und Konsumenten die Spekulation steht, die in ihrem Interesse die Sache im Dunkeln verschafft. Der Mangel an Übersicht und Einsicht des Verbrauchs, die Regelung des Verbrauchs ist einer der größten Fehler des Weltwirtschaftssystems. Die Territorialwirtschaft (Isolat) war übersichtlicher und einfacher. Sie ermöglichte den Überblick und eine gewisse Ordnung und Ausgleich im Erwerbsleben. Anders bei der Weltwirtschaft. Selbst Engels gibt in seinem „Ende der Philosophie“ zu, daß sobald die Warenproduktion Weltmarktdimensionen angenommen hat, ein Ausgleich schwer möglich ist.

Eine Regelung der Produktion ist unmöglich ohne Regelung der Konsumtion des Verbrauchs. Die Bedürfnisse des einzelnen und jene der Gesamtheit der Bevölkerung aller Länder sind aber so verschieden und eigentlich, daß von einer durchgreifenden Ordnung des Verbrauchs nicht wohl die Rede sein kann. Hat es der Mensch doch garnicht in der Hand, das Wetter zu regeln und die Erde zu bestimmen. Aber gerade von dem Ausfall der Ernte, von dem Ergebnis der Erzeugung hängt vielfach die Gestaltung der industriellen Produktion ab. Diese aber wird wiederum stark beeinflusst durch die technischen und wirtschaftlichen. Diese auszuschalten oder zu verhindern wäre Unzinn und ein Ding der Unmöglichkeit. Wie man die Sache auch ansieht: Produktion und Konsumtion in ein richtiges Verhältnis zu bringen ist im Hinblick auf die Weltwirtschaft, in die alle Kulturröder verschlagen sind, ein schwer zu lösendes Problem.

Verteidigung der Privatbetriebe, Übersicht der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, Umwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische ist das Rezept der Sozialdemokratie. Sie gibt vor, daß durch die Ausschlüsse dieses Rezeptes das rechte Wirtschaftsleben gesunden und die Harmonie hergestellt werden könne.

Wenn auch in einem Lande wirklich die private Produktion in eine gesellschaftliche oder staatliche umgewandelt werden könnte, so würde dadurch noch lange nicht die Konkurrenz der Wettbewerb der übrigen, kulturell so verschiedenen Völker ausgeschaltet werden können.

Gegen diesen Wettbewerb sind abzuschützen, etwa unübersteigbare Schuhmauer, das könnte wohl nur ein Konservativer Staat, dessen Bevölkerung in der Hauptstadt sich vom Landbau nährt. Ein Staat aber, dessen Verdichtung in der Mehrzahl in Industrie und Handel ihr Auskommen findet, kann das nicht. Er braucht Absatzgebiete und muß die fehlenden Rohprodukte von auswärtigen ergänzen; auch die Ernährung der vorhandenen Bevölkerung muß gesichert werden, durch Ermöglichung der Zufuhr an Nahrungsmitteln.

Die im Deutschen Reich vorhandenen 200 000 Betriebe der Textilindustrie mit über mehr als eine Million starlen Arbeiternzahl z. B. bedürfen notwendig Rohmaterialien aus dem Auslande. Die deutsche Textilindustrie hat einen ähnlichen Bedarf an Rohbaumwolle von 35 Millionen Doppelpentner im Werte von 350—400 Millionen Mark. Etwa drei Viertel des Bedarfs liefern die Vereinigten Staaten, der Rest kommt hauptsächlich aus Brasilien und China. Die afrikanischen Kolonien des Deutschen Reichs liefern noch nicht einmal für eine Million Mark Baumwolle, was kaum in Betracht kommt.

Wie die Textilindustrie, so sind auch andere Industrien auf Handelsbezüge mit anderen Staaten angewiesen. Es findet ein fortwährender gegenseitiger Austausch von Rohproduktion und Waren statt. Jede grösitere Störung dieses Prozesses, eine schlechte Baumwollrente, die Verweiterung oder Erschwerung des Bezugs von Rohbaumwolle hat eine mehr oder minder grosse Kritik, in diesem Falle zunächst in der Textilindustrie im Gefolge. Daselbe tritt ein, wenn einer Gewerbegruppe die Abnahme von Waren in grösserem Maasse verfällt wird, entweder durch Maßnahmen eines fremden Staates oder infolge Abneigung oder freiwilliger Entzettelung der Bevölkerung (Bier, Tabakkonkurrenz u. s.). Wer will den betreffenden Staat oder die Bevölkerung aber hindern an solchen Eingriffen in die Produktion, oder an der Ablehnung eines Gebrauchsartikels?

(Fortsetzung folgt.)

lose unehrliche Kampfesweise von „Sitz Berlin“ hat selbst in solchen Kreisen, die sonst den Fachabteilungen nicht unfeindlich gegenüber stehen, abstoßend gewirkt und somit für die Berliner Republikat das Ergebnis des beabsichtigten Zweckes erreicht. Der Betrieb und das Resultat dieses Kampfes darf uns christliche Gewerkschaften mit Benutzung und mit neuem Vertrauen in den Sieg und Erfolg unserer Sache erfüllen. Das ist auch das Fazit einer Rede des katholischen Stegerwald-Köln, die in einer Versammlung in Frankfurt a. M. gehalten wurde, worüber die „Katholische Volkszeitung“ Nr. 842 wie folgt berichtet:

Die christlichen Gewerkschaften Frankfurts (Main) veranstalteten vergangenen Freitag eine gut besuchte Versammlung, in der der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herr Stegerwald (Köln), reden sollte über die Zürcher Konferenz und die katholischen Fachabteilungen. Redner erklärte einsleidend, daß er bei der Wahl des Themas zur heutigen Versammlung von den Frankfurter Kollegen nicht gesagt worden sei in der Sache, sonst hätte er lieber über einen anderen Gegenstand gesprochen. Es müsse auch in gegenwärtiger Situation berücksichtigt werden, daß die Entscheidungsschlacht bereitst nicht zwischen katholischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften, sondern zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung gekämpft werden müsse.

Von diesem Gesichtspunkte aus hätten die katholischen Fachabteilungen unklug gehandelt, daß sie zum Hauptthema der Sozialdemokratie den neusten Ansturm gegen die christlichen Gewerkschaften unternommen hätten. In den von der christlichen Arbeiterbewegung bedrängten Bezirken habe sich die Sozialdemokratie mit dem Streit im christlichen Lager über „Nürnberg“ hinweggeholt. Die Führer der Fachabteilungsbewegung hätten sich von vornherein sagen können, daß die christlichen Gewerkschaften, die in der Arbeiterbewegung bereits diese Wurzeln gesetzt, sich nicht wie verduldige Lämmer abschlachten lassen. Die christlichen Gewerkschaften setzen letzt im Trabhaus aufgedoppelte Blasen; durch Stürme setzen sie das geworden, was sie heute sind. Sie haben den seinerzeitigen Neutralitätsstreit, dann den Hollstreich und in diesem Frühjahr noch den „Fall Behrenz“ überstanden; sie sind in bewegten Situationen mit der Sozialdemokratie fertig geworden — es braucht nur an den letzten großen Ruhrbergarbeiterstreit erinnert zu werden, wo sozialdemokratische Führer dem Gewerbeverein artillerischer Bergarbeiter das „schmerzstillende Halsband“ anzulegen beabsichtigten — und in Führerkreisen der christlichen Gewerkschaften habe man sich bei Beginn des neusten Angriffes seitens der kathol. Fachabteilungen gesagt: sie sollen auf Granit bestehen! Und heute schon könne gesagt werden: der Ansturm ist in der Hauptache abgeslagen, und nicht zugunsten der Angreifer. Wo noch kleinere Attacken abgewehrt werden müssen, würden die christl. Gewerkschaften mit den kath. Fachabteilungen ebenfalls fertig werden. Er wolle daher heute nur noch einige allgemeine Schlussbemerkungen machen, und sich dann mit dringlicheren Aufgaben der christlichen Gewerkschaften beschäftigen.

Das Berliner Fachabteilungssystem habe sich in Deutschland seines bereidenwertes Daseins zu erfreuen. Dessen Führer hätten in den letzten Jahren außerordentlich fleißig und nicht immer mit einwandfreien Mitteln gearbeitet. Und was ist der Erfolg? Auf dem ersten allgemeinen christlichen Arbeiterkongress in Frankfurt in 1903 habe der Verband der kath. Arbeitervereine (Siz Berlin) 45 000 Mitglieder angegeben, heute gebe er 125 000 an, die aber seinen Einnahmen entsprechend nicht vorhanden sein können. Der Berliner Verband der kath. Arbeitervereine bildet bei seiner heutigen Präzis im kath. Lager eine Erst- und Sammelorganisation, um nicht zu sagen Gegenorganisation gegenüber dem Volksverein für das katholische Deutschland, den kath. Arbeitervereinen von West- und Süddeutschland und den christl. Gewerkschaften. Die letzteren Organisationen sind zwar nicht gleichartig, jede habe für sich einen andern Zweck, aber gegenüber dem Verbande der kath. Arbeitervereine (Siz Berlin) müßten sie dennoch zusammenfassend beurteilt werden. Dabei erhalte man folgendes Bild. Der Volksverein für das kath. Deutschland zählte 1903 rund 300 000 Mitglieder, heute über 610 000, die katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands sind auf dem Frankfurter Kongress 1903 mit 155 000 Mitgliedern vertreten gewesen und zählen heute über 270 000, der Gesamtverband der christl. Gewerkschaften habe 1903 in Frankfurt 93 000 Mitglieder angegeben, während ihm Ende 1917 über 284 000 Mitglieder angehörten.

Die Organisationen, die sonst auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften ständen, hätten sonst ihren Mitgliedsbestand in den letzten fünf Jahren um über 600 000 vermehrt, während die Berliner Erst- und Sammelorganisation nach ihren eigenen, zum Teil widersprechenden Angaben sich während derselben Zeit mit einem Anwachs von 80 000 begnügen müsse. Die Führer der kath. Fachabteilungen seien sich zudem in der Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften inkonsistent; letztere, deren Angehörige meist Katholiken seien, würden versichert, während der Erste die Eisenbahnerverbände, dessen Mitglieder in der Mehrzahl evangelisch sind, gefürchtet würden.

### Das Schlafwort über „Sitz“.

Wer von den Berliner Fachabteilungen in Kürze an die Zürcher Konferenz inszenierte Heftszug gegen die christlichen Gewerkschaften kann allmälig als beendet angesehen werden. Er ist abgeschlagen worden und hat den Berlinern das nicht gebracht, was sie erhofft und erwartet hatten. Sie müs-

Die sozialdemokratische Presse habe in den letzten Wochen die deutschen Bischöfe als Gegner der christlichen Gewerkschaften hinzustellen versucht. Das ist keineswegs zutreffend. Vier Jahre später, als das ehemalige Bündschreiben des preußischen Episkopats das die Gewerkschaftsfrage berührte, erschien, habe Herr Kardinal Hinscher in einer Kölner Arbeiterversammlung ausgeführt: „Ich benutze gern die Gelegenheit, hier zu erklären, daß der preußische Episkopat den christlichen Gewerkschaften wohlwollend gegenübersteht. Ich darf dieses namentlich mit aller Einsichtlichkeit von mir sagen.“ Seit der Zeit ist keine gegenteilige Bischöfliche Erklärung in der Presse mehr bekannt geworden. Auf Grund authentischer Mitteilungen kann ich vielmehr mitteilen, daß die erstaunende Weisheit der deutschen Bischöfe, so nahezu alle, den christlichen Gewerkschaften und ihren Bestrebungen sowie Erfolgen zugunsten der arbeitenden Massen nach wie vor freundlich gegenüber stehen. Daraus andere nichts, daß Herr Kardinal Hinscher auf dem Düsseldorfer Katholikentag einige auf der katholischen Konferenz gefallene schärfe Worte genutzt hat. Die betreffenden Redner hätten nachher selbst eingesehen, daß sie in Zürich mit einigen Wendungen zu weit gegangen, worüber sie ihr Bedauern ausgesprochen hätten.

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt. Die sozialdemokratische Presse ist darüber unzufrieden und spricht jetzt verärgert über „Kießel's Unterwerfung“ und „Schliff auf den Knien“. Der Sozialdemokratie zuliebe unterlassen indessen die christlichen Gewerkschaftsführer nichts, wozu sie sich nach ihrem Gewissen und ihrer religiösen Überzeugung für verpflichtet fühlen. Für dieses Gebiet zeigt die Sozialdemokratie ein solches geringes Verständnis, daß sich eine Auseinandersetzug mit ihr erübrigst. In bezug auf den Charakter und die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften hat kein Führer der jüngsten Widerstreit der Meinungen in den letzten Wochen irgend welche Konzessionen gemacht. Das haben ja erst die National-Zeitung (Berlin) und andere Blätter festgestellt. Und das ist schließlich der springende Punkt.

In England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehörten die katholischen Arbeiter schon Jahrzehntelang den dortigen allgemeinen Trade Union an, ohne daß sie seitens der kath. Kirchenfürsten an der Mitherrschaft behindert würden, trotzdem diese Organisationen häufiger eine bedenklichere Praxis befolgten als die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Auch in der Schweiz und in Österreich, wo die christlichen Gewerkschaften auf derselben Grundlage aufgebaut sind und nach derselben Praxis arbeiten wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, habe sich noch kein katholischer Kirchenfürst gegen sie ausgesprochen. Die Sozialdemokratie weiß aus den Erfahrungen der letzten Jahre, daß mit dem System der kath. Fachabteilungen den Arbeitern neuenwertere praktische Erfolge nicht verschafft werden können; deshalb suchen sie die deutschen Bischöfe als Vertreter dieses Systems zu stärken, um sie nachher für die mäßliche Lage des größten Teils der Arbeiterschaft verantwortlich machen zu können.

Zu bedauern sei, daß in den letzten Jahren durch die Schuld der kath. Fachabteilungen die Kirchenfürsten durch die mitunter bestige Personengesagitation geschleppt wurden. Er (Hedauer) halte dies für verkehrt und habe diese an sich falsche Praxis heute mit ausnahmsweise zur Klarung der Sachlage befolgt. Auch in anderen wichtigen Punkten entzappen lassen man die kirchlichen Behörden aus dem Spiele. Das eine gute habe der letzte Kampf im Gefolge gehabt: er habe allen jenen, die sehen wollten, gezeigt, daß den christl. Gewerkschaften die Durchführung und Hochholung ihres Charakters eine außerordentlich enge Sache ist. In ihnen lassen sich die katholischen und evangelischen Arbeiter zur Regelung der Fragen des Arbeitsvertrages ehrlich rechtschaffen und ohne Nebenabsicht die Hand reichen zur Erreichung besserer Erfolgsbedingungen für sich und ihre lohnarbeiternden Brüder.

Der übrige weitaus größte Teil des Vortrages befaßte sich mit der grundsätzlichen Stellung der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung. Der deutschen Arbeiterbewegung müßte der Beweis erbracht werden, daß ihnen das Christentum bei angemessenerm und vernünftigem Ringen nach wirtschaftlicher Besserstellung und Erreichung der Gleichberechtigung mit anderen Ländern nicht hinderlich sei. Zur Erreichung dieser Zielle bedürfe es nicht der antichristlichen, revolutionären und antimonarchischen Sozialdemokratie. Zu bedauern sei, daß bei der Befolgung dieser Prinzipien die christlichen Arbeiter durch die kath. Fachabteilungen gestört werden.

Soweit die Schlussbetrachtungen des Kollegen Stettinerwald über den Streit um „Zürich“, die den Verleger herren wohl nicht angenehm in den Ohren liegen werden. Mit ihrem neuesten wilden Ansturm gegen die christlichen Gewerkschaften haben sie weiter nichts erreicht, als der Dejentlichkeit das traurige Schauspiel der Selbstzerleistung innerhalb der kathol. Arbeiterschaft gespielt und den vielen Gegnern der christlichen Gewerkschaftsweg Wasser auf die Müllen geliefert. Insbesondere hat „Sich Berlin“ der Sozialdemokratie wieder einmal die satten Bissen gespielt, wie überhaupt die ganze Fachabteilungszer-

splitterung in jüngerer Zeit mit einzige und allein der Sozialdemokratie zugute kommt.  
„Man möge doch das einmal beobachten!“

## Für den ostdeutschen Bezirk

stand am 18. Oktober in Dresden, und am 25. Oktober in Danzig die diesjährige Bezirksversammlung statt. Die räumliche Abdecksung des Bezirks machte die getrennte Tagung nötig. Der Verbandsvorstande wohnte der Konferenz an beiden Orten h.i.

Berhandlungspunkte waren: 1. Bericht des Bezirksleiters, 2. Vortrag über Verwaltungswesen und Statistik, 3. Wie betrieben wir in Zukunft die Agitation?

Zum ersten Punkte führte der Bezirksleiter Stettinerwald aus: Die Berichtsperiode erstreckt sich vom 1. Januar 1907 bis 30. Juni 1908. Bei der letzten Konferenz waren 20 Ortsgruppen mit 1072 Mitgliedern im Bezirk vorhanden. Die in der Provinz Sachsen und Mecklenburg-Schwerin gelegenen Gruppen mit 333 Mitgliedern wurden an den mitteldeutschen bezw. norddeutschen Bezirk abgetreten. Dessau, Chemnitz und Aue (Erzgebirge) kamen als Neugründungen hinzu. Sehr stark war die Mitgliederfluktuation. 591 Abgänge standen 605 Abgänge gegenüber. 635 Mitglieder waren am 30. Juni 1908 in 19 Gruppen vorhanden. Die Ortsgruppen Oberschöneweide und Brandenburg hatten erhebliche Fortzüge zu verzeichnen. Waren in Oberschöneweide auch einesfalls sachliche Momente, wie Gründung der eben Almosenvereine und Beitragserschöpfung Grund zu dem Rückgang der Mitgliederziffer, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß auch sehr stark ökonomische Gründe hierzu haben. In Brandenburg war es der Komiteepräsident Benski, der die bei ihm beschäftigten Arbeiter durch Außendienst einer Werkspensionklassen-Gründung, in der er 100 000 Mark立ten wollte, förderte. Herr Benski hat, obwohl seine Ankündigung schon mehr als ein Jahr zurückliegt, die Werkspensionsklasse noch nicht errichtet. Die Ursache seines Zögerns dürfte darin liegen, daß die Regierung es nicht mehr zuläßt, daß schlaue Unternehmer unter dem Deckmantel der Arbeiterschädlichkeit Werkspensionklassen gründen, die den Arbeitern zum Glück werden. Dagegen ist durch das Vorzeichen unseres Verbandes gegen die kriminelle Werkspensionklasse den Arbeitern ein außerordentlicher Dienst erwiesen worden. Nur schade, daß sich noch Arbeiter finden, die auf solchen Löder anbeissen, wie dies in Brandenburg geschehen.

Sehr stark war auch die Zulassung der Gruppe in Danzig. 113 Aufnahmen standen 106 Abgänge gegenüber. Auch hier dünnen die leitenden Kollegen nicht genug auf die Sichtung der einmal gewonnenen Kollegen gelesen haben. Außer Danzig sind die Verhinderungen, den Verband vorwärts zu bringen, außerordentlich ungünstig. Durch zahlreiche Klagen abverteilung war die Bezirksleitung bestrebt, Sitzung für unseren Verband in den Arbeitersiedlungen zu machen. Besonders in Berlin wurde in dieser Richtung gearbeitet. Um die durch den 2. deutschen Arbeiterkongress, welcher im Oktober 1907 in Berlin tagte, erzielte Sitzung auszunutzen, wurde eine Hilfskraft auf dem Berliner Büro angestellt. Letzterer hat sich besonders bei Übereile des Arbeitsnachwuchses zu widmen. Durch das Heranbrechen der Sitzes ließ die zu großen Hoffnungen berechtigende Annahme unserer Arbeitsnachweises sehr bald nach. Seitdem die Hilfskraft auf dem Berliner Büro läuft, konnte sich der Bezirksleiter mehr der Agitation widmen.

371 Verhandlungen und Sitzungen wurden abgehalten oder beigewohnt. In Bromberg, Danzig, Elbing und Stettin wurden außerordentlich agitatorische Maßnahmen getroffen. Der A.d.a.i.o. in den kommunalen Vereinen wurde, soweit es möglich war, geneigt, Aktionserksamkeit gelehrt. Verschiedene zw. als Neugründungen wurden gemacht. Zwecks Auflösung von agitatorischen Kräften wurde ein Unter. i. t. k. f. abgehalten. Die Zahlung der Delegiertenmiete wurde in allen Gruppen mit Ausnahme von Oberschöneweide durchgeführt. Auch auf die Steigerung der Opferfreudigkeit wurde hingearbeitet. Am 30. Juni 1908 zahlten noch vier Gruppen einen Wochenbeitrag von 50 Pf. In 11 Gruppen stand der Beitrag auf 60 Pf., in einer auf 65 Pf. und in drei Gruppen wurde ein Wochenbeitrag von 70 Pf. gezahlt. Die Ortsgruppen Bromberg, Berlin, Lauter, Danzig, Dessau, Dresden und Schwerin erzielten einen Durchschnittsbeitrag nicht da, was verlangt werden muß.

Der Bezirksbeitrag gingen gemäß § 22 des Staats 1827, 89 Mark ein. Zur Deckung der zur Bezirksleitung nötigen Ausgaben waren es ab i. j. 10 747,85 Mark einschließlich 17 479,92 Mark gingen an die Zentralfonds. Die Differenz betrieb sich den Ortsgruppen. 12 Kreise bezogen Betriebsungen mit 124 Bevölkerung wurden im Bezirk durchgeführt.

In den Bericht rückte sich eine lebhafte Diskus-

sion „Sozialversicherung und Stabilität“ ersterle in Dresden, in die Sitzung des Berlin, in Danzig folgte Nowak. Der Grundgedanke der Konferenz war bei beiden Referenten, daß sich die Ortsverwaltungen alle Mühe zu geben hätten, eine möglichst vorrechte Verwaltung und umfassende Stabilität zu betätigen, das mit so der Verband auch in diesen Punkten von keiner Richtung übertrroffen werde. Der diesjährige Generalvorstandsbericht sei mustergültig und zeige, was mit Fleiß und Umsicht auf diesen Gebieten geleistet werden könne.

An dem Punkt: „Wie betreiben wir in Zukunft unsere Agitation?“ referierte Kollege Fährlich-Berlin und Kollege Richard-Wronski.

In erster Linie wurden die Vorstandsmitglieder daran ermahnt, ihre Pflicht zu tun. Einigkeit und Opferfreudiger Dienst im Interesse des Verbandes und Großzügigkeit in den Reihen der Vorstände sei. n. Vorbedingung jeglichen Fortschritts. Wo in einer Ortsgruppe ein Vorstand nicht in dieser Richtung ein gutes Beispiel gebe, den Mitgliedern vorangehe, sei er einen Fortschritt nicht zu denken. Ferner wurde die große Bedeutung eines gut funktionierenden Vertrauensmänner-Apparates betont. Die gewonnenen Mitglieder pünktlich zu bedienen und zu halten, sei mindestens ebenso wichtig wie neue zu gewinnen. Es sei danach zu streben, alle Mitglieder zu bewussten und agitatorisch fähigen christlichen Gewerkschaftern heran zu ziehen. Zu diesem Zwecke sei der Personengesuch von außerordentlicher Wichtigkeit. Ein guter Personengesuch sei jedoch nur dann zu erzielen, wenn großer Wert auf die Anrangierung lehrreicher Versammlungen gelegt werde. Auch der Unschuldiger Lehrreicher Literatur wurde empfohlen. Beispiele wie „Lohnbewegung in Österreich“ anzugeben werden können, nur es darf nicht überzeugend sein, wie in Zukunft in den österreichischen Verträgen und Beziehungen die Agitation befeuert wird. Ferner wurden einige agitatorische Maßnahmen, die im Laufe des Winters ausgeführt werden müssen, beschlossen.

Es darf nun erwartet werden, daß die Vorstände alles daran setzen werden, dahin zu wirken, daß die auf der Konferenz gegebenen Maßnahmen nachdrücklich Beachtung und praktische Anwendung finden werden.

Zu beiden Dingen hält der Verbandsvorsitzende nach Abwicklung der Tagessitzung ein sehr lehrreicher und instruktiver Bericht. Mit einem Ton auf das Beobachtum der christl. Gewerkschaftsbewegung und besonders des christl. Metallarbeiterverbandes wurden die Konferenzen geschlossen. — Nun, so legen des Ostdeutschen Bezirks, wir zu eisiger Winteragitation.

Z. M.

## Zur Centralisation des Salinen- und Hüttendarbeiterverbandes.

Eine möglichst vollständige Centralisation der Salinen- und Hüttendarbeiterbewegung herbeizuführen ist eine unabdingbare Notwendigkeit dem heutigen Wirtschaftssystem gegenüber. Diese Errungenschaft führt auch zu den Verhandlungen, die in neuerer Zeit zwischen dem christl. und dem Arbeiter- und Bergarbeiterseiten und dem Verband der Arbeiter und Bediensteten der bairischen Staats-, Berg-, Hütt- und Salinenwerke andererseits gepflogen wurden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein günstiges und wird von jedem Einzelnen mit Freuden begrüßt werden. Die Centralisation ist vollzogen, der Verband der Arbeiter und Bediensteten der bairischen Staats-, Berg-, Hütt- und Salinenwerke hat sich den beiden vorgenannten christlichen Centralverbänden angeschlossen.

Neben manchen anderen Verbänden war auch der Verband der bairischen Hütt-, Berg- und Salinenarbeiter um das Jahr 1901 gegründet worden mit dem Zweck, die Interessen der in den genannten bairischen Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zu vertreten. Unter der Führung des nunmaligen R. i. t. k. f. abgeordneten Kollegen Schirmer hat der Verband manches Nützliche für die beteiligten Arbeiter erreicht. Es sei nur hingewiesen auf die verschiedenen Lohnhöhen und die jetzt gewährte Durchsetzung des Lohnes bei Arbeitsverhinderung in besonderen Fällen. Die Genehmigung eines Urlaubs für die älteren Arbeiter darf ebenso als ein Erfolg des Verbandes angesehen werden. Durch die v. s. ne. Krit. die der Verband an den mittleren Betrieben in verschiedenen Betrieben grüßt hat, ist auch da und dort eine Besserung eingetreten, besonders was die Behandlung der Arbeiter betrifft. Nicht ohne Erfolg ist auch die Frage über die Reform der Pensionskassen von dem Verbande aufgerollt worden. Aus Staatsmitteln wurde zur Sanierung dieser Kosten eine Summe von 250 000 Mark bereitgestellt. Leider läßt die Durchführung dieser Reform immer noch auf sich warten.

Der Verband war also ehrlich bestrebt, die Interessen seiner Mitglieder ernsthaft zu vertreten. Wenn es nicht durchgreifender geprägt kommt, so lag das an den unzureichenden Mitteln dieser Organisation. In Rücksicht auf die vielfach recht niedrige Löhne d. i. in Betracht kommenden Staatsarbeiter wurde der Verbandsbeitrag auf 30 Pfennig monatlich festgesetzt. Damit blieben auch die Mittel des Verbandes in recht

beschafft zu können. Die Aktivitätssättigung war geschwächt und die inneren Einrichtungen des Verbandes waren und blieben ganz unzureichend. Die Agitation konnte nicht mit der nötigen Sorgfalt betrieben werden, weil die Mittel es nicht erlaubten, einen eigenen Sekretär anzustellen, bei die Geschäfte des Verbandes besorgt und den Mitgliedern zur Verfügung gestanden hätte. In Erwartung einer solchen agitatorisch wirkenden Kraft blieb auch der Verband auf den bei der Gründung gezogenen engen Kreis beschränkt.

Die Schwäche des Verbandes trat bei den Landtagsverhandlungen 1907-08 so recht in die Er scheinung. Die Verbandsleitung hatte der Regierung und dem Landtage eine Petition, in der fünf Hauptwunsche der Arbeiter enthalten waren, unterbreitet. Der Regierung war dieses Vorgehen nicht genehm und sie versuchte den Eindruck der Petition auf die Abgeordneten abzuschwächen. Ein Regierungsvertreter erklärte dann auch, daß die Petition nicht tragisch zu nehmen sei, es stehe nur ein Drifts der in Betracht kommenden Arbeiterschaft hinter ihr.

Das war ein deutscher Wint vom Regierungslische aus, eine Mahnung zur Geschlossenheit. Nicht etwa weil die gestellten Forderungen nicht berechtigt waren, wollte man über sie zur Tagesordnung übergehen, sondern weil die Petition nur das Sprechrohr eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft war, sollten die Wünsche keine Berücksichtigung finden.

Diese Lehre wurde verstaubt. Die weiterzuhenden Mitglieder des Verbandes sagten sich, nun muß mit diesem Nachdruck an der Einigung der Arbeiter, die in den betreffenden Betrieben beschäftigt sind, gearbeitet werden, um veraltigen Einwürzen fernzuhalten und auszugehen zu können. Die Vorstandsschau des Verbandes traf zusammen und beriet über die zu unternehmenden Schritte. Sie kam zu dem einmütigen Entschlusse, es sei im Stande beraten, daß ein großer Teil der Arbeiter hierfür in den Schrift-

dass ein grosser Teil der Arbeiter bereits in den diversen  
Schenken Zentraleverbänden Aufnahme gefunden habe, die  
Verschmelzung und Centralisierung mit dieser noch  
befürchten. Die Obmannschaften in allen drei bis  
jedem Beschluss verständigt und sobann vor erneutem  
einberufen, welche sich weiter mit der Sache befassen.  
In diesen Konferenzen wurde die Meinung zum Ab-  
druck gebracht, dass unter den bestehenden Zentralver-  
bänden grössere Vorteile für die Arbeiterschaft nicht zu  
erreichen seien. Eine Besserung könne nur erwartet  
werden, wenn der Verbund sich den grossen Zentral-  
verbänden anschliere. In diesem Sinne wurde denn  
auch, sowohl auf den Konferenzen wie in den nach-  
folgenden Versammlungen, der einzeln u. Obmann-  
schaften, dem Beschluss des Vorjahr es zugej immitt.

Der Übergang zu den christlichen Zentralverbänden ist also beschlossen, es ist herzvorzuheben, daß in allen, zumeist stark besuchten Versammlungen, mit Ausnahme von zweien, der Beschuß zum Übergang einstimmig gefaßt wurde. Ein Zeichen, daß die Mitglieder den Wert und die Notwendigkeit einer besseren Organisationsform erkannt haben und auch gewillt sind, Spuren zu hinterlassen.

Die Berg- und Salinenarbeiter haben sich den christlichen Bergarbeiterverbande angegliedert. Die Löhmannschaften Bergen, Koblenz &c. Alzey führt mit Weißerhämmer zusammen sich beim christlichen Bergarbeiterverbande an, da an diesen Orten nur Bergarbeiter bezüglich Gütenarbeiter in Frage kommen.

Kollegen von Bergen, Bötemann, Übereidt und Weißerhammer, die Generalisation ist vorbei. Sie sind eingetreten in die Macht der zentralen Gewerkschaftsbewegung. Sie sollte Mitarbeiter einer leistungsfähigen Organisation geworden. Die Centralisationsbestrebungen haben auch einen Stützpunkt von Berufskollegen näher gebracht. Sie kämpft nicht mehr allein und mit schwachen Mitteln für die Verbesserung Eurer Lage. Der christliche Metallarbeiter-Verband wird in Zukunft zu seiner Gesamtheit für Eure Interessen eintreten. Einige Bekannte hat der Verband in Bayern freigestellt (Nürnberg und München), die besonders auch Eure Angelegenheiten künftighin vertreten werden. Und wenn jeder Kollege in den Schmiedehäfen freudig mitarbeitet an der Verbreitung der Organisation unter den Sittenarbeitern, dann wird und muss es mit vereinter Kraft vorwärts gehen. Auch der beste Kollege muss dem Verband eingeschürt und damit zur Mitarbeit herangezogen werden. Jeder Abschits Ende ist ein Hindernis erfolgreicher Gewerkschaftsarbeite. In der Geschlossenheit liegt unsere Stärke, darum auf zur Werbearbeit für den Verband!

## Die Gejagte im Meldetag.

der am 4. November nach mehr als fünfmonatiger Pause wieder zusammengetreten ist, steht unter dem schwüten Druck der Reichsfinanzreform. Steuererhöhung im Reich, Steuererhöhung in den Einzelstaaten ist die unsre ganz innere Politik beherrschende Leidenschaft, die dem Staatsmann um so mehr Sorgen machen muss, als sie in Zeiten wirtschaftlichen Stillstandes, ja Niederganges fällt. Arbeitslosigkeit in vielen Orten und Gegenden Deutschlands, Einschränkung der Arbeitszeit in zahlreichen Betrieben, Sinken der Löhne sind ebenso fatale Vorbereitungen für die Vermehrung der Lasten, die bei Raum von Genußmitteln der Massen.

Der, daß wir, Gott sei Dank, soviel Zeit, wie die gesetzliche  
Stützung und der Anfang der Kapitalrente es zuläßt,  
für die Steigerung der direkten Steuern bei den Bohl-  
habenden. Aber die Gesundung unserer stark zerstörten  
Finanzen im Reich ist für die Erfüllung unserer nationalen  
Aufgaben und für die Sicherung unserer ökonomischen  
Grundlagen so unbedingt notwendig, daß auch die Fort-  
führung der Sozialpolitik, die weitere Hebung der wirt-  
schaftlichen, sozialen und geistigen Lage der arbeitenden  
Klassen und Massen von dem Erfolge des Werkes der  
Finanzreform abhängt.

Da bei wird nicht zu umgehen sein, daß auch die Zigarette die bet Arbeitster raucht, das Glas Bier, das er trinkt, & höheren Erträgen für die Reichstöße herangezogen wird.<sup>2</sup> Das sind Genussmittel, keine unerheblichen Lebensbedürfnisse. Aber wie diese letzten, Nahrungsmitte, sieden Wohnung, schon jetzt immer tener geworden sind, so daß die hierfür aufzuwendenden Beträge in vielen Fällen die Löhnesteigerungen der letzten Jahre weit gemacht haben, so sind Bier und Zigarette fast durchweg die einzigen Genussmittel materieller Art, die die große Mehrheit der deutschen Arbeiter sich leisten kann. Und die Tatsache, daß Deutschland reichlich viel für Trinken und Rauchen aufgewendet wird, hilft doch darüber nicht hinweg, daß jede nachhaltige Mehrbelastung dieser Genussmittel im wesentlichen von den unüberbemittelten Massen getragen werden muß.

Wenn die Anziehung der unbürokratischen Elterngesetze am gesetztes der Elternzuliste des Reichs nun aber einmal nicht an umgehen ist, so muß zweifellos wiederum gefordert werden: einmal, daß zunächst die schwachen Schultern gehörten und die stärkeren und reichsricheren darüber belastet werden und zweitens, daß um so eisriger auf anderen Gebieten eine Verbesserung des Lotes der Massen gesorgt wird. Die Sozialpolitik ist es nicht gewesen, die die Reichsgrenzen in Unterdrückung und Despair gebracht hat. Den stärkste sozialpolitische Posten im Budget, des Reichszuschusses für die Arbeitslosenversicherung, der jetzt rund 50 Millionen beträgt, ist von Höhe zu Höhe nur um etwa 1--2 Millionen gesunken, und selbst die Rüstauslastung des Konigs für die Rüstung und Waffenförderung im Betrage von etwa 10 Millionen ist an dem Niedenstande und Wachstumsbedarf keineswegs schuldlos.

Erfüllt man über die Wahlen steuerfähig machen, so ist das  
eigene Leben, dessen Errichtung ein Staatsbürgertreize ist, da-  
mals die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit schlägt, ihnen aber  
die Leid der Armutkeit hinwegläßt, ihnen die Sorgen be-  
völkern und der Erwerbsunfähigkeit erstickt, sie in ihre  
städter Bürgerstädte Rechten habe und auch in ihr Leben eine  
Zuhausestrahl der Mutter fallen läßt, die der Wohlhabend  
als ~~der~~ ~~sozialversicherungsfähiger~~ Teil gemeint. Was heißt eben  
Sozialreform treiben. Wir erwarten überliefert ist, daß in  
dem neuen Reichstagsschuldt Negligenz und Pietät ist  
die Hand reichen, um als Staatlichkeit zur Finanzierung und  
die Sozialpolitik weiter zu führen. Mit für die gewer-  
blichen Arbeiter allein auch für die Gehilfen des Handels  
für die technischen Beamten, und ebenso für Landarbeiter  
Dienstboten, Kellnerarbeiter, nicht minder aber auch für die  
kleinsten Unternehmer im Handwerk und im Haushalte.

Die Beschlüsse der Reichstagskommission für die grossen Modelle zur Gewerbeordnung haben einen guten Anfang geschaffen. Die Einführung des Feuerkundentages für Arbeitinnen in allen Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern die Gewährung des Sozialen Schutzes, die Errichtung des Notfallzubehör's des Arbeitserichters — um nur einige der Maßnahmen zu nennen — bieten überholttere Garantien für ein gesündes und seelisches Leben der Arbeitnehmer und hemmt ihre eine Schaltung des gesamten Kaufmärscheins.

und damit für eine Rettung des gesamten Familienlebens wird der Hochzeitsmensch. Wie kann, daß nicht nur die Geschwister bald Heiratsmünzen erhalten, sondern auch, daß es endlich gelingt, mit dem Sohn der Heimarbeitet einkommen, indem auch beständigen Anfang zu machen. Karnevalen müssen wie vor dem Bestreben, zu viele Aufgaben in die Hand zu nehmen. Man kann nicht alles auf einmal machen, selbst nicht nach Jahren völiger Tatentlosigkeit. Und für die Sozialreform gilt das Wort, daß in der Beschränkung sich der Meister zeigt.

Das hindert selbstverständlich nicht, daß Probleme, die zur gesetzgeberischen Menge gehören sind, ernstlich in Angriff genommen werden. Wir erwarten die im Bundesrat abgeänderte Vorlage für Arbeitskammern, für die im Reichstag mehr Verständnis vorhanden sei, wie es bei Unternehmern und Arbeitern selbst. Eine Beichträumung der Einwirkung von Armerunterstützung auf öffentliche Städte, wie sie die Regierung selbst wünscht, wird im Reichstag kein Gegner finden. Notwendig ist auch ein starker Appell an die Gerechtigkeit und Billigkeit, damit die Errungenenschaften eines freieren und zeitgemäßeren Verfassungs- und Verfassungsschutzes nicht durch kleinliche Polizeiwillen und engherzige Deutungen verborgen werden: leider ist auf die Gebiete schon jetzt manches Unrecht angerichtet worden, dessen moralische Folgen viel beispielswerter sind als die tatsächlichen Ergebnisse. Dabei wird auch die Sicherung und Ausdehnung des Reaktionsschutzes ernstlich ins Auge gefaßt werden müssen als natürliche Ergänzung der Reform des Verfassungsrechts. Gublich steht der Reichstag vor dem großen Werke der Rentenabsicherung, Verbesserung und Weiterführung der Altersversicherung. Das ist eine Sache von Aufgabe, aber noch kein Uebermaß, das nicht zu leisten wäre im Laufe des nächsten Jahres, selbst wenn die Reichsfinanzreform im Parlament mit schneller Arbeit beendet. Grebbe will dieses Problem gelöst werden müssen, dürfen Regierung und Reichstag nicht auf die Rentenabsicherung des Wortes verzichten: Nur er ist recht Sozialpolitisch.

(Sociale Statistik)

Gemeinföftliche.

**Unser Beitrags- und Untersuchungswesen**  
macht unsern „Kreisblatt“ im geisterliesten Lager an-  
scheinend noch immer großes Stoffverbrechen. Da  
die Hirsch-Tunderschen Blätter darüber geschriebe-

“) Diese Anflock der „Soz. Star.“ können wir nicht ohne weiteres zu der anfrigen machen, während wir den übrigen Inhalt des Artikels ablehnen.

Iuden, beharf leinet ernsthaften Erwiderung. Mit  
zwei diesbezüglichen Notizen der sozialdemokratischen  
„Metallarbeiterzeitung“ ist es müssen wir uns je-  
doch etwas näher befassen. Die eine hüpft an eine  
Versammlung in Aalen-Wasseralfingen an  
und stellt tiefdringige Beobachtungen darüber an, daß  
die Arbeiter des staatlichen Hüttenwerks nur 10 Pfg.  
Beitrag zahlten, aber die gleichen Rechte hätten. Da-  
ran schließt sich dann folgende neugierige Frage an:  
„Wenn dem so ist, dann sind die Mitglieder des christ-

lichen Verbandes an anderen Orten ebenfalls recht naß, wenn sie 60 Pf. Beitrag bezahlen, dafür aber keine weiteren Rechte haben wie die Mitglieder, die nur 40 Pf. Beitrag bezahlen. Ober steht etwas anderes dahinter? Um Antwort wird gebeten."

Zunächst sei einmal die Neugier der „Met.-Ztg.“ dahin befriedigt, daß „etwas anderes“ absolut nicht dahinter steht, insbesondere kann von einem Verzicht auf das Streikrecht, wie es in der Notiz angedeutet wird, niemals die Rede sein. Ob die staatlichen Hüttenleute streiken wollen oder nicht, ist ihre Sache. Es braucht auch gar nichts dahinter zu stehen, da es eben nicht wahr ist, daß die Mitglieder der 40-Pfg.-Klasse dieselben Rechte haben wie die in den höheren Klassen. Andererseits ist mehreren Ortsgruppen für die Erhöhung von 50 auf 60 Pfg. Wochenbeitrag angebracht, der setzt eine kurze Übergangszeit gestattet, natürlich unter entsprechender Reduzierung der Unterstützungsfülle. Das alles sind zwar z. in interne Angelegenheiten unseres Branche, die zu verheimlichen allerdings nicht die geringste Veranlassung oder Ursache vorliegt, die aber auch andere Organisationen absolut nichts angehen. Der Vorsitz schreibt der „Met.-Ztg.“ mag sich beruhigen, im christl. Metallarbeiterverbande wird streng nach Recht und Gerechtigkeit gehandelt, die Rechte nach den Pflichten bemessen, da gibt's keine Konkurrenz. Die Gesetzter der Mitglieder werden auch nicht leichtfertig vergeudet, wie es in manch anderen Organisationen der Fall ist. Das wirb hoffentlich beim neugierigen Leser der Metallarbeiter-Zeitung genügen.

Zu einer zweiten Notiz gibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ nochmals die Regelung unseres Beitrags- und Unterstützungsweisen nach einem Blatt aus unserem Organ wieder und macht die Bemerkung dazu, wir hätten vergessen hinzuzufügen, daß die Kartenzeit auch bei der Arbeitslosen-Unterstützung bei britten (40 Pf.) Klasse — zwei Wochen betrage. Wir könnten das nicht hinzufügen, weil das eben nicht zutrifft. Für die Mitglieder der 40-Pfg.-Klasse besteht für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung ebenso wie für die anderen Klassen nur eine Kartenwoche, wie es auch im sozialdemokratischen Verband der Fall ist. Ob die Metallarbeiter-Ztg. jetzt auch so ehrlich sein wird, die falsche Darstellung in ihrer Notiz richtig zu stellen, wollen wir abwarten.

# Die edten Bundegegnissen von „Ein Berlin“.

Das Organ der Gesellen, „Der B u n d“, (Medaillen-  
teur derselben ist der rühmlichst bekannte Herr Le-  
bins), gibt den Verlinet Fachabteilungsleitern dem  
Bruberschmack. Das gelbe Blatt schreibt nämlich in  
seiner Nr. 45 unter dem Stichwort:

# Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften.

„Dass selbst hervorragende katholische Geistliche und Führer der Zentrumspartei das wahre Wesen der christlichen Gemeinschaften zu erkennen beginnen, beweist die folgende Aeußerung des Dechanten Hansen in einer Versammlung katholischer Arbeitervereine des Bezirks Saar, eine Aeußerung, von der der Redner selbst betonte, sie sei nach reiflicher Überlegung getan. Dieses Urteil des angesehenen katholischen Geistlichen lautete: „Es muss eine Schieds-  
nung der Geister kommen, alles nicht ein, das es ja nicht weiter gehen kann. Ein Teil der christlichen Gemeinschaften geht zu den Sozialdemokraten, und der andere wird sich einstweilen zurückziehen und dann später zu uns kommen.“

Auch wir sind der Meinung, daß die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften geistesverwandt sind und freuen uns, diese unsere Meinung hier von einem katholischen Geistlichen und Kenner der christlichen Arbeiterbewegung bestätigt zu finden.“

Auf diesen gesinnungsverwandten Eideshelfer  
dürfen die Herren hanau, Dr. Fleischer usw. wirk-  
lich stolz sein. Sie passen vorzüglich zusammen, so  
weit das wirtschaftliche Gebiet in Frage kommt. Das  
ist früher schon wiederholt an dieser Stelle darge-  
legt worden. Verwunderlich ist nur die Bescheidenheit  
des gelben Überhauptlings Lebius, der auf das  
„Erbe“ der christlichen Gewerkschaften keinen An-  
spruch erhebt. Er ist vielleicht doch etwas klüger  
wie die Berliner Herren und denkt an das Sprich-  
wort: Man soll das Fell des Bären nicht eber-  
nien, bis es reift ist. Und da dürfen die Berliner

teilen, bis er erliegt ist. Und da dürfen die Berliner doch noch lange warten. Herr Dekan! Sprüten, denn wir als gute Christen gewiß ein recht langes Leben wünschen, wird aber kaum so alt werden, daß er sich mit den Sojus in die christl. Gewerkschaften trauen kann. Viel eher dürfte er es erleben, daß seine Fortschaffungsschäflein zum Leid des Sojus und zum andern Teile zu seinem gelben Eideshölzer Lebens überlaufen. Die Freundschaft der „Gelben“ für „Sitz Berlin“ wird übrigens allen verdienenden Arbeitern ein genügender Fingerzeig sein, was sie von der Arbeiterinteressenvertretung durch die Berliner Radikale lungen zu halten haben.

### Die falsche Verteilung.

Die „sozialistische Zeitung“ in Köln gebietet zu den sozialdemokratischen Blättern, die seit den zurückgelegten Tagen am meisten zu den Kämpfen, den die Vertreter der Berliner Hochabteilungen angegetreten haben, herumzuwühlen. Wenn kann es diesen sozialdemokratischen Blättern nicht verboten werden, wenn sie versuchen, durch welsche Ausschmälerung nach der begehrten Bildung hin, ihre Bejedoch über den Innenrat vor und nach dem Künzinger Parteitag hinwegzutragen. Allein, die Art, wie man das macht, die geht denn doch über Bohnensied. Da hat der Vorstand des Katholischen Gewerkschaftsverbandes der christlichen Gewerkschaften in der „Kölner Volkszeitung“ erklärt, daß die Forderung in Wirklichkeit auch für den inneren Kreis der Verhandlungen und durchaus nicht für die Daseinsnotwendigkeit bestimmt gewesen wäre. „Hätte ich eine Ahnung von dieser Art (daraus ist Gewicht zu legen! vgl. d.) der öffentlichen Verbreitung der Fassung gehabt, so würde die Debatte bestimmt in anderen Formen gehalten worden sein.“ Was Schäffer damit sagen will, ist klar. Das Kölner sozialdemokratische Parteiblatt knüpft nun daran u. a. folgende Bemerkungen:

„Schimpfen darf man, aber es darf draußen keine Moral demand ausführen. Das ist die bekannte Moral mit doppelter Boden. Ein Kürigen ist die Schäffersche Erklärung ein bemerkenswerter Beitrag zur gewerkschaftlichen Seelenkunde: sie zeigt uns abermals die vollige Unfreiheit der Führer, ihre Unabhängigkeit von den kirchlichen Organen, ihre Unschuldigkeit, die im Interesse der Arbeiter jeweils gebotene Wahl frei zu wählen und zu befolgen. Es ist angeblich interconfessionellen Chauvinisten schleppen die christlichen Gewerkschaften die niederdrückenden Geistergentümer der katholischen Bedeutung mit sich herum. In Wirklichkeit würgen sie leise an ihren Ketten zu rütteln, heute krächzen sie, gehorcher und demütiger als je zuvor, wieder ins alte Joch.“

Die „Rhein. Ztg.“ weiß ganz gut, daß weder vor noch nach Würich „Ketten“ existieren, die die Führer der christlichen Gewerkschaften daran hindern könnten, die im Interesse der Arbeiter notwendigen Maßnahmen zu treffen. Es existieren allerdinge solche „Ketten“ und aus die Partei trennen die Ausschüsse der „Rhein. Ztg.“ Es ist einzelne, also buchstäblich zu. Das sind die Führer der sozialistischen Gewerkschaften. Weiß sie noch, wie damals die Müller, Brügmann, v. Elm, Rehgäuer, Sachse, Dreher, Hue — vertraulich über ihre Partei und deren Führer schimpften, weil diese sie in dem Bestreben, „die im Interesse der Arbeiter gebotene Wahl“ frei zu wählen und zu befolgen, beschimpften? Sie unzufrieden dazu machen durch Propaganda des Generalstreits, der Malteser, dadurch auch daß die Parteipresse die Wasse der Gewerkschaftsmitglieder gegen deren Führer ausspielt und verhetzt. Die sozialistischen Gewerkschaftsführer haben in jener Konferenz ein freies Wort gewagt, weil sie „vertraulich“ sein sollte. Der ganze Papier kam freilich nicht heraus; v. Elm verblieb endes: „Die Zeit wird kommen, wo wir reden können, ohne uns dem Verdacht auszusetzen, daß wir den angesetzten wollen und dann werden wir reden.“

Weiß die „Rhein. Ztg.“ noch, daß sich die General-Kommission damals mit Händen und Füßen dogegen wehrte, daß irgend etwas von jenen vertraulichen Ausführungen auf die Daseinsnotwendigkeit kam, daß sie denjenigen öffentlich einen Lumpen schalt, der in der „Einigkeit“ etwas ausgeplaudert hatte, daß sie den Parteidienst inständig bat, den inneren Charakter der Konferenz zu erläutern? Im „Correspondenzblatt“ Nr. 81, Jahrg. 1906, fand die „Rheinische“ nachleben, wie hoch und teuer den sozialistischen Gewerkschaftsführern der interne Charakter jener vertraulichen Aussprache war. Sie haben den Mut gehabt, zu schimpfen, aber — es durfte es draußen beliebte niemand erfahren. „Moral mit doppeltem Boden“, was? Und als der Parteidienst trotzdem das Vertrauen brach, da brällte das „Correspondenzblatt“ förmlich aus vor Entrüstung. Was heißt's? Nachher stießen dieselbe Parteidienst und die General-Kommission wieder die Abreise zusammen. Die Gewerkschaftsführer haben getuscht. Mit dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongress haben sie freitüchtig und in allet Form die Sklaventreter der Partei auf sich genommen. In der Tat: „ein bemerkenswerter Beitrag zur gewerkschaftssozialistischen Seelenkunde. Sie zeigt uns die völlige Unfreiheit der Führer, ihre Unabhängigkeit von den Parteidiensten, ihre Unschuldigkeit, die im Interesse der Arbeiter jeweils gebotene Wahl frei zu wählen und zu befolgen.“ Es ist angeblich „stren“ Chauvinisten schleppen die sozialistischen Gewerkschaften die niederdrückenden Rentnergentümer der partikulären Bedeutung mit sich herum. In der Februarkonferenz würgen sie leise an ihren Ketten zu rütteln, mit Stuttgart tröcknen sie, gehorcher und demütiger als je zuvor, wieder ins alte Joch.“

### Eine berechtigte Meinung.

In ihrer letzten Nummer (45) zitiert die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ eine Stelle aus dem Bericht des Delegiertenrates der Arbeitervereine der Ergebnisse Köln, wo ein vor allzugroßer Leidenschaftlichkeit bei Kirchenvorstandswahlen gewarnt wird. Vor allen Dingen mögeln sich die Arbeiter vor Majoritätsverhandlungen hüten und sich keiner unnötige Gegnerschaft dadurch machen. Dem stimmen wir vollständig zu, ebenso auch folgenden Bemerkungen, die von der „West. Arb.-Ztg.“ daran gefügt werden: „Und haben wir wirklich einen derartigen Nebenschluß an verfügbaren Kräften in der Arbeiterschaft, daß wir darauf Bedacht nehmen müssen, sie innerhalb der Kirchenvorstände und kirchlichen Gemeindevertretungen zu vertreten? Die schlechtesten können wir nicht hinnehmen. Und haben wir nicht unsere Kräfte an tausend näher liegenden Arbeitspunkten bringend nötig? Unter normalen Verhältnissen können wir ganz ruhig tatsächliche Männer anderer Stande in diesen Institutionen arbeiten lassen. Glauben wir aber gegenwärtigen Anlaß zu haben, auch einen Betreuer unseres Standes darin mitarbeiten zu lassen, dann habe man ehrlich Bescheidigung. Sie wird sich haben lassen, wenn man sich nur nicht zum Vorsteher einer kleinen Firma macht und als die Tür zu kommt in die nächsten“

Tann füllt die „West. Arb.-Ztg.“ nach folgendes schlaue Vorwort aus:

„Dieser Tage ist was ein Fall seitgetreten worden, wo Vertreter und Mandat einer Partei bei kirchlichen Gewerkschaften in Sachen der Kirchenvorstandswahlen Spitzen abgehalten und zugleich mit dem Gewerkschaftsorgan (Vergnüppen) Wahlzettel rundgetragen haben. Die betreffenden mögen sich nicht dabei gebaut haben. Das ist indes gegen die Intentionen ihrer Führer und — gesunde ausgedrückt — daß unsking gehandelt und mit ihrem Vorgehen zu argen Missdeutungen Anlaß gegeben haben, liegt auf der Hand. Die christlichen Gewerkschaften, auch in rein katholischen Gegenden, haben mit kirchlichen Wahlen absolut nichts zu tun.“

Ganz richtig! Vorliegender Fall bedeutet nichts mehr und weniger als eine Verleugnung der Neuvalität. Unsere Gewerkschaften haben sich weder mit kirchlichen noch kommunalen oder politischen Wahlen zu beschäftigen. Das müssen unsere Mitglieder in den dafür maßgebenden Organisationen besorgen, aber unsere Gewerkschaften damit verschonen. Wir beteiligen uns als Gewerkschaften nur an den sozialen (Gewerberatibus, Kirchenkassen, Gesellenausbildung und Werkzeugkassen) Wahlen, alles andere gehört nicht zu unseren Aufgaben innerhalb der Gewerkschaft. Von unseren Verbandsmitgliedern muß strikte verlangt werden, daß sie demgemäß handeln.

### Auf dem Unternehmerlager.

#### Sozialpolitische Presse.

Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände hat in einer außerordentlichen Ausschusssitzung am 29. Oktober nach einem Referat des bekannten Scharfmachers Lent (Witzen) ein allgemeines sozialpolitisches Programm beraten. Nach Durchberatung der einzelnen Punkte des vorgetragenen Entwurfs wurde das Programm in folgender Fassung angenommen:

1. Unfallversicherung. Da die Betriebsgenossenschaften sich nach jeder Richtung hin aufs Beste bewährt haben, sind Änderungen in der Unfallversicherung nicht vorzunehmen.

2. Alter- und Invalidenversicherung. Wenngleich diese Versicherung sich nicht so gut bewährt hat wie die Unfallversicherung, so hat sie sich doch derzeitig eingestellt, daß es besser ist, sie einzustellen, so zu lassen, wie sie ist. Nur bei Reichsgutschutz könnte aufgehoben werden zugunsten der Witwen- und Waisenversicherung, und wenn der Ausfall anderweitig gedeckt werden mühte, so sind die Beläge der Arbeitnehmer gleichmäßig zu erhöhen.

3. Witwen- und Waisenversorgung. Es empfiehlt sich hierbei die Versorgung der Witwen und Waisen vollständig auf die Reichskasse zu übernehmen. Zur Versorgung stände der für diesen Zweck ausgesonderte Teil der Vollzahnmahnen und die nach dem Bartholaeus unter Bürgerkosten aufzuhaltende zu der Witwen- und Invalidenversicherung, insgesamt ein Betrag zwischen 90 und 100 Millionen Mark. Die Witwen- und Waisenrente sollte man so festlegen, daß sie die einstweilen zur Versorgung stehende Summe nicht übersteigen, ohne Rücksicht darauf, ob die Renten auch allen Ansprüchen genügen. Besser ist es, daß den Witwen und Waisen vorerst öhrlieblich 90 bis 100 Millionen zugeführt werden. Hat man später mehr Geld zur Verfügung, so kann man, falls es sich dann als wünschenswert erweisen sollte, die Renten erhöhen.

4. Krankenversicherung. Über die Krankenversicherung geben die Ansichten stark auseinander; insbesondere sind über die Verwaltung der Ortskrankenassen viele Klagen laut geworden. Nachdem sich aber in der vom Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern einberufenen Konferenz von Vertretern der Ortskrankenassen am 23. Oktober ds. Jrs. berousgestellt hat, doch wider alles Erwarteten die Vertreter der Ortskrankenassen für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes eintraten und alle Angriffe gegen die Ortskrankenassen zurückgewiesen, muß man annehmen, daß es wenigstens zurzeit nicht angebracht ist, um Krankenversicherung Änderungen vorzunehmen.

5. Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Gegen die auf eine Vereinheitlichung aller Arten der Arbeiterversicherung abzielenden Bestrebungen ist grundsätzlich Protest einzulegen, weil sie von den Befürwortern der Vereinheitlichung erwartete Vereinfachung und Vereinfachung des Verwaltungswesens zwecklos ausbleiben wird.

6. Arbeitsschäden. Die paritätischen Arbeitssammern sind zu vertreten. Die Arbeitgeber brauchen sie nicht; sie haben an den Handelssammern, Handwerksammern, Landwirtschaftssammern usw. genügend geschäftliche Interessenvertretungen. Will man den Arbeitern auch eine geistige Interessenvertretung geben, so möge man Arbeitersammern errichten.

7. Arbeitsnachweise. Die Arbeitsnachweise müssen im Interesse der paritätischen Gewerbetätigkeit in den Händen der Arbeitgeber liegen. Das System der paritätischen und öffentlichen (communalen) Arbeitsnachweise ist zu verwerfen.

8. Tarifverträge. Tarifverträge sind für die Entwicklung der Industrie im allgemeinen sehr wichtig und im Speziellen für solche Industrien, die für den Weltmarkt arbeiten, schon darum undurchführbar, weil sie den Export unmöglich machen würden. Wo trotzdem eine Einigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen erfolgt, muß sie unter allen Umständen den Charakter einer freiwilligen Vereinbarung tragen, wie denn genau jeden dreiten oder indirekten Antrag zum Abschluß von Tarifverträgen grundsätzlich entschieden Verwehrung eingesetzt ist.

Viel Neues ist in diesem sogenannten Programm nicht enthalten, es ist die bekannte Scharfmachersmelodie. An der Unfallversicherung soll nichts geändert — Neß: verbessert, der Alter- und Invalidenversicherung aber der Reichsgutschutz geprägt. Sie Wismar und Witten-

vertragung mit 90 bis 100 Millionen Mark einschließen, wie es in dem Programm heißt, dürfte allerdings ein Kunststück sein, über dessen praktische Durchführbarkeit in dem Programm nichts verlautet. Bemerkenswert ist, daß die Unternehmer auf obiger Tagung sich mit dem jetzigen Zustand der Krangenlassen lassen abgesunden haben, während sie doch sonst sehr laut statt der Gewerkschaftlichkeit der Arbeiter in der Verwaltung die Hälfte für die Unternehmer verlangt, dazu noch einen von ihnen zu ernennenden Vorstand. Ob sie schon eingeschlagen haben, daß ihnen bezüglich der Selbstverwaltung der Krangenlassen die Krauben doch zu hoch hängen?

Was das Programm dann über Arbeitskammer und Arbeitsschäden sagt, ist die bekannte Stellungnahme aller Scharfmacher, die sich bis heute zu diesen Fragen geduscht haben. Die große Aufmerksamkeit, die in jenem Lager der Arbeitsnachfrage gewidmet wird, muß aber von Arbeitern zum Bewußtsein bringen, welche außerordentliche Bedeutung diese Angelegenheit für unsre Arbeitbewegung hat. Seien wir auf der Hut und auf der Wacht.

— Tarifverträge sind nach dem Programm dieser „Sozialpolitiker“ im allgemeinen verderbt und ganz besonders noch für die Industrien, die auf dem Weltmarkt konkurrenzieren wollen. So hört man's schon seit Jahren bei jeder Gelegenheit, und dennoch wird es nicht wahr. Es ist nur die bequeme Ausende der „Herren im Hause“, die damit ihrem Widerwillen gegen die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrages ein Mantelchen umhängen wollen. Die Arbeiter selbst haben es in der Hand, diese Hindernisse der Unternehmer durch die Praxis zu widerlegen, indem sie durch unablässige Stärkung der Organisation die Unternehmer zum „freiwilligen“ Abschluß von Tarifverträgen veranlassen. Das ist das Programm, das wir dementsagen der sozialpolitischen Stemper entgegen zu stellen haben.

### Auf der Metallindustrie.

#### Opfer der Arbeit.

**Ellen.** Im Schleinemalzwerk der Firma Krupp wurde am 26. Okt. einem dort beschäftigten Arbeiter beim Liegen treten der Gleite durch den Gangzug ein Arm und ein Bein vom Körper getrennt. Dies Unglück konnte nicht entehen, wenn der Vorschrift entsprechend ein Vorläufer dem Huze vorangegangen wäre. Der Verunglückte wurde durch den Tod von seinem Leiden eröst.

Am Begriff Feierabend zu machen, verunglückt am 27. Okt. an dem Erweiterungsbau der 11. Kanonenwerkstatt der Firma Krupp drei Arbeiter der Firma Lehmann u. Co., Lüdenscheid. Es wurde der Befehl zur Überarbeit gegeben, als beim Emporsteigen zur Arbeitsstelle die Leiter brach und drei Arbeiter in die Tiefe stürzten. Einer kam mit anschließend leichten Verletzungen davon, während die beiden anderen Verunglückten schwer verletzt ins Lazarett befördert wurden.

**Witten.** Am 31. Oktober kam auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte der Schlosser Frei durch einen Fahrlässig zu Fall. Der alte Mann erlitt bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung. Er wurde in eine Wohnung gebracht, wo er trok sofort herbeigeholter ärztlicher Hilfe lebte, wenigen Stunden starb.

**Dortmund.** Am Betriebe der Dortmunder Feineisenkonstruktion wurde der Maschinenstiel von der Kurzelstange der Betriebsmaschine so heftig auf den Kopf getreten, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde, was den folgerigen Tod herbeiführte.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Rode vor Reaktion & Kluft ein Verbot, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzutunen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Huze fort.

**Vindlar Bez. Köln.** Die Arbeiter der Zellstoff-W. & R. Klein stehen im Streik infolge von Allordnerduzierungen von 10—15%.

**Machen.** Bei der Firma J. C. & W. Kumpf, [Nadelabrik] stehen die Richter im Streik.

**Wittenberg.** Bei der Firma Carl Nählers, Stahlgabelabrik und Eisenfachwerke, sind die Arbeiter ausgesperrt.

**Nauen (Brandenburg).** Im Zellenschleidenewerke sind wegen Nichteinhalting der vereinbarten Vereinbarung seitens der Arbeitgeber Fissuren ausgetrocknet.

**Waldhof bei Mannheim.** Bei der Firma Rudolf Otto Weller stehen die Arbeiter behuts Abwehr von Lohnabschlägen im Streik.

**Bremen.** Hierzuläßt sind die Gefügemontiere, ausgelöscht.

**Schwelm.** Die Arbeiter der westfälischen Holzschraubfabrik Gerdens & Sonn. in Schwelm sind der Meinung, daß die Firma sie nicht zu ernennen.

## Betriebsverfassung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Novbr. 1908 der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 22. November fällig.

Die Ortsgruppe Elegien erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf.  
Die Meldethezung hat die Einziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle den Verband betreffenden Auschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Reichsbürostelle des Arbeiterarbeiterverbandes, Tulusburg, Seitenstraße 19 zu adressieren.

## An die Vorstandemitglieder der Ortsgruppen.

Die Generalversammlung in Würzburg änderte bekanntlich den Namen des Verbandes um in: „Christlicher Metallarbeiter-Verband Deutschlands.“ Eine Änderung des Stempel in den Ortsgruppen war deshalb notwendig. In den nächsten Tagen werden wir den Ortsgruppen einen neuen Ortsstempel und einen Vorsitzstempel zu. Der Ortsgruppenstempel soll bei Verteilung von Formularen, Entschließungen und Schriftstücken benutzt werden, während der kleine Stempel zum Entwerten der Worte durch den Kästner und bei Auszahlung von Unterstützungen zum Stempel im Verteilertisch verwendet werden soll.

Zu die Stempel als Vergleichsstücke der ausgesetzten Formulare und Schriftstücke dienen sollen, es ist notwendig, daß die Verbandsstempel in allen Ortsgruppen ein einheitliches Aussehen haben, um etwaigen Missbrauch sofort erkennen zu können.

Verschiedene Ortsgruppen haben sich eigene Stempel für ihren Gebrauch annehmen lassen, die eine ganz andere Form haben. Das ist von jetzt ab unzulässig. Es dürfen in Zukunft nur die von der Centrale ausgebenen Stempel benutzt werden. Wo die Anwendung eines weiteren Stempels notwendig ist, soll der selbe bei der Centrale beschafft werden. Es wird dadurch die Einheitlichkeit unserer Verbandsstempel gewahrt und außerdem sind dieselben dadurch billiger.

Die alten Stempel sind in dem der Siedlung befindlichen Postamt sofort an die Centrale zu senden; die weitere Benutzung ist unzulässig.

Sollte eine Ortsgruppe keine Stempel erhalten, dann ist die Centrale zu benachrichtigen!

Zur Beachtung für wandrende und arbeitslose Bürger. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Erfahrungen zu informieren. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat die Verteilung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In jedem Falle, wo keine Ortsgruppe oder Fabsiedlung unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Centralvorstand. Das gleiche gilt auch für biegeleitige Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

## Zur Beachtung.

Da unser Gewässerbericht zur Würzburg einer Generalversammlung nahezu verpreßt ist, und noch fortwährend Verschwendungen eintreten, werden diejenigen Ortsgruppen erwartet, die noch unverantworte Exemplare in ihrem Besitz haben, dieseelben sobald wie möglich an die Centrale zurückzuschicken.

## Aus dem Verbandsgebiet.

Rothenburg. Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung bringt in Nummer 41 einen Bericht, den die sozialdemokratische „Freie Presse“ gehörig nachbetet, der wieder so recht die Betriebsverfassung (um nicht zu sagen Verlogenheit) sozialdemokratischer Geschäftsgesellschaft zeigt. Dies heißt es u. a.:

„Mit den Krankenverschwendungen bei der Wendel befasse sich nun am 11. Okt eine in Groß-Mengrode von unserer Organisation und vom Bergarbeiterverband einberufene öffentliche Versammlung. Am darauffolgenden Dienstag, den 16. Oktober fand nun auch eine von den Christlichen einberufene Betriebs-Gesellschafts-Versammlung bei der Wendel statt, um zu dem gleichen Gegenstand Stellung zu nehmen.“

Also, angeblich weil die Genossen sich der Krankenverschwendungen anschließen, sollen die christlichen Gewerkschaften nachgekommen sein. Und das Wahre! Wohl fand am 11. eine von den Genossen des Berg- und Metallarbeiterverbandes einberufene Versammlung statt, deren Ergebnis aber nur in dieser Versammlung christlicher Gewerkschaften bestand. Gestalt ein Genosse den Führern die Mitteilung machte unter Übereinstimmung eines Flugblattes, daß seitens der christlichen Gewerkschaften Stellung zu den mithilflichen Krankenverschwendungen der Firma der Wendel genommen wurde — einem soll vor Schred der Amtier entfallen sein.

Den nächsten welche Tage noch länger getrennt von der Wendel-Betriebsverfassung steht kein Schriftsteller auf, gefasst sein — hielten sie sich im Schlusswort in etwa zu entschuldigen. Indem sie auf die genannte Sache von der Wendel ansprachen. Wie sie dann drei Tage später in der von den christlichen Gewerkschaften einberufenen Versammlung erzählten, um hier radikale Proteste zu brechen und ihre Einigkeit zu heucheln, wurde ihnen die gebührende Antwort gegeben. Die Genossen sagten sich beruhigt. Sie hab auch so bringen erkannt. Jeder einzigeren aufgestellten Klammer weiß, daß man, um der Wahrheit auf den Grund zu kommen, das Gegenteil davon annehmen muß, was sie sagen oder schreiben.

In der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Ztg.“ verspielt der als Schriftsteller bekannte Korrespondent aus Thüringen seine Hauptschwäche über die Verlegung mehrerer christlicher Gewerkschaftsbeamten von Tiefenbach nach anderen Orten. Der Mann scheint fürchterlich viel Überflüssiges gesagt zu haben, daß er sich mit jeder internen Streitigkeit aus dem christlichen Lager befreien und so als Sozialist sein Gehalt verdienten müßt. Wie würde es im Traum nicht aussehen, die Verlegung eines Beamten aus dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wäre normalen Beziehungen zum Gegenstand einer langen Sitzung, es recht zum altheren Widerstreit zu machen.

Das Versehen von Beamten ist durch interne Sache einer jeden Organisationsstellung. Es ist in der Tat ein Vermutungsgrund und muß zudem der Sicherheitshalber annehmen, daß ein Blatt, wie die „Met.-Ztg.“, die doch ernst genommen sein will, der Verlegung eines Sekretärs in unserem Verbande eine besondere Bedeutung schenkt. Das eine können wir bei Metallarbeiter-Ztg. nur auch ihrem Hauptschwäche ausdrücken, die Verlegung eines Beamten wäre normalen Beziehungen zu machen.

Zurück. Unsere letzte Versammlung war in Abrechnung der Wiedergabe der Tagessordnung schlecht. Die Hälfte der Mitglieder in so wichtigen Versammlungen genügt nicht. Zumal in Tiefenbach noch viel Organisationsarbeit zu leisten ist und diese selbst noch bedeutsam mehr Schulung und Organisationsarbeit der gesamten Kollegen voraussetzt, als bis jetzt vorhanden ist. Eine ganze Reihe Kollegen haben den guten Willen und auch den nötigen Eifer, vorwärts zu strecken. Wenn es hier und da noch an Besoldung fehlt, so macht sich das bestens auch recht bald. Nur die schlechten Versammlungen machen es, die noch zu wünschen übrig lassen. Nachdem sind es diejenigen, die am Vorstand oder an einzelnen Personen beschweren, die am meisten auszusehen haben. Das würde also nicht der Fall sein, wenn die Kollegen immer bei Versammlungen besuchen, das Verbandsorgan häufig lesen und mitarbeiten wollten. Von dem Kreis allein wird noch nichts geschehen. Darauf selbst studieren und agitieren, dann sieht man die Tätigkeit der Kollegen vom Vorstand usw. in einem ganz anderen Lichte.

Vor allem gilt es jetzt und in den nächsten Wochen und Monaten an dem Unterrichtskursus rechts und zahlenmäßig teilzunehmen, über dessen Bedeutung und Notwendigkeit unserer Bezirksleiter referierte. Dann ist ein jeder in der Lage, sich das nötigezeug zur erfolgreichen Tätigkeit in der Organisation anzueignen. Dann wird jedes einzelne Mitglied auch immer ganz von selbst sich immer sicher in das Wesen der Arbeiterbewegung hineinleben. Werden ein jeder besonders auch, daß, sollen die durch die Organisation erreichten und noch zu erringenden materiellen Vorteile der Arbeiterschaft voll und ganz zu teil werden, eine gleichzeitige geistige Hebung unseres Standes unter materiellen Hand in Hand geben müssen. Darum auf, Kollegen von Wutach! Alleamt mit regem Eifer an die Winterarbeit!

Gulzbach. (Schwäbisch). Eine sehr gut besuchte Vertrauensmännerzusage unseres Verbandes hat sich am Montag, den 2. November, mit den Verhältnissen auf der Markthütte. Bezirksleiter Kollege Konrad erinnerte daran, daß auf die leidenschaftliche Stellungnahme und Eingabe unseres Verbandes bestmöglich die Steuerungszulage von der Werksleitung 10 Pfennig Lohnherhöhung pro Stunde in Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß zugeschanden wurde. Daß nicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage haben die Kollegen in 2 Versammlungen (Ende September) beschlossen, mit diesem Zeilerfolg vorziehen zu nehmen.

Nun sind aber in der letzten Zeit über die Behandlung der Arbeiterschaft seitens verschiedener Vorgesetzter sowie über Herausforderungen der Altkönigische Klagen laut geworden. Besonders wurden diese Verhältnisse durch die am 31. Oktober erfolgten Kündigungen wegen Arbeitsmangel. Der Verdacht ist hier nicht ganz unbegründet, als sollte die Organisation bei dieser Gelegenheit geziert werden. Sagte doch ein Meister (deren Name uns bekannt ist), „der Verband müsse gesprengt werden“. Während nun in einem Teile des Werkes auf die älteren Arbeiter und Familienväter direkt genommen wurde und sie von Kündigungen verschont blieben, wurden in anderen Abteilungen, speziell im Steinbruch, Arbeiter, welche bis zu 17 Jahren im Werk stehen, rücksichtslos gekündigt. Es kommen etwa 24—30 Arbeiter in Frage. Auch Unorganisierte trug das Los. Inzwischen wurde unsererseits in der Tageszeitung hierzu Stellung genommen. Für Samstag, den 7. November, ist nun eine Sitzung des Arbeiterausschusses mit der Werksleitung anberaumt. Sollten wir wieder hier der richtige Weg gefunden. Die Rentabilität des Wer-

tes (zu—zu viel). Arbeitnehmer (daher) liegt eine humane Behandlung der Arbeiterschaft wohlb zu.

Erstens ist die Tatsache, daß das letzte Quartal sogar noch einen Mitgliedszuwachs brachte, trotz Betriebsveränderung und beträchtlicher Verkürzung der Arbeiterschaft auf der Markthütte. Die Mehrzahl der Kollegen sind jetzt Mitglieder unseres Verbandes. Deshalb, Kollegen, sorgt dafür, daß auch der Pepte sich dem Verband anschließt, denn nur so kann Eure Interessen gewahrt werden.

## Soziale Wahlen.

Oberhausen (Nhd.). Einen glänzenden Sieg errangen die christlichen Gewerkschaften bei der stattgefundenen Vertreterwahl zur Allgemeinen Ortsvereinigung. Die christliche Liste erhielt 625 Stimmen, die sozialdemokratische Liste 439 Stimmen. Trotz der konfessionellen Hebe setzte sich Sozialdemokratie davon, sich nicht belieben zu lassen, sondern feste zusammen zu halten. Eine Majorität von 423 Stimmen war dann der Erfolg. Hier zeigte sich so recht, wie die Sozialdemokratie alle Mittel gebraucht, um die christlichen Arbeiter zu verspielen und für sich Vorteile herauszuholen. Es ist deshalb notwendig, daß alle Ortsdienstleiter gestrebt wird, die christlich nationale Arbeiterbewegung zu stärken, damit der Wissenschafter der Sozialdemokratie in den Ortsvereinigungen ein Ende bereitet wird zum Segen des gesamten bürgerlichen Arbeitersstandes.

Türen. Die am 30. Oktober h. J. stattgefundenen Wahl der Beisitzer für das Gewerbege richt des Kreises Elsenz bedeutet einen glänzenden Sieg für die christlich-nationalen Arbeiterschaft. Während für die Liste der christlich-nationalen Arbeiter 1160 Stimmen abgegeben wurden, brachten es die Genossen auf ganze 297 Stimmen. Da nach dem Majoritätsystem gewählt wird, erhalten die Christlichen alle 12 Beisitzerstellen, die Genossen gehen leer aus.

Weisel. Bei der am 29. Oktober stattgefundenen Gewerbegerichtswahl siegten die christlich-nationalen Arbeiterschaften mit großer Majorität. Gewählt wurden 4 christliche Kandidaten sowie ein Arbeiter der Vorzellerliste. Die Sozialdemokraten gingen leer aus.

## Sozialstaat.

### Kartell der Schwindelkassen?

Wie der „Vorwärts“ meldet, hat in Kassel auf einer Konferenz von freien Kranken- und Hilfsklässen Deutschlands ein Verband dieser Klassen das Richteramt erobert. Als Vizeder Konferenz wurde ausgegeben, den unreinen Unternehmungen und schwindsüchtigen Agenten im Krankenversicherungswesen das Handwerk zu legen. Dieser angebliche Viced soll erreicht werden durch die sofortige Gründung eines Schwabverbundes der Privatversicherungsanstalten in Deutschland, dem folgende Aufgaben gestellt wurden:

1. Gegenseitige Bekanntgabe von schwindsüchtigen Agenten, deren Namen dem Verbandsvorstand bekannt zu geben sind. Die Namen werden allmonatlich durch sogenannte schwarze Listen sämtlichen Klassen mitgeteilt, die dem Verband angehören.

2. Gewährung elenheitlicher Provisionsfälle an die Bevölkerung.

3. Ansiedlung gemeinsamer Krankenkassenkontrollen und Beitragsabrechnungen.

4. Übernahme solcher Kassen, welche in Zahlungssichererigkeiten geraten, sofern sie dem Verband angehören.

Das Schönste an der Sache ist nun, daß die Versammlungskonferenz von einem Herrn Büssing, der auch zum Vorsitzenden des neuen Verbandes gewählt wurde. Dieser Herr war aber Begründer und Vizeder mehrerer Hilfsklassen, die nacheinander verschwanden. Gegenwärtig ist Büssing Direktor und erster Vorsitzender der Deutschen Kranken- und Unterstützungsasse (Eich-Kassel). Mehrmals schon hat sich das Gericht mit dieser Kasse beschäftigen müssen. — Nach alledem muß der neue Verband eine Gründung ganz eigener Art sein, der überall Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Neben Büssing gehören der Vorsitz des Verbandes folgende Leute an: Josef Pütinger (München), zweiter Vorsitzender; Max Eisenhardt (Wassel), Kassierer; Gasteier (Dortmund) und F. Jäger (Eisenach) Beisitzer.

Die Arbeiter aller Branchen können nicht dringend genug vor den Schwindelklassen gewarnt werden. Unsere Kollegen haben im Verbande ihre Kranken-Unterstützung, neben der Pflichtkrankeasse, und wer der höchsten Klasse von 90 Pf. pro Woche beiträgt, braucht überhaupt keine andere Hilfsklasse mehr.

Gegen die Arbeitersammeln.

Der Oberpfälzer Berg- und Hüttentännische Verein hat erneut an den Bundesrat eine Eingabe betreffend den Entwurf eines Arbeitersammelgesetzes gerichtet. In demselben heißt es u. a.: „Je länger wir inzugwischen über diese kostspielige Materie nachgedacht haben, um so mehr ist es uns klar geworden, daß das Inkrafttreten eines Gesetzes wie des zur Beratung liegenden, für die Entwicklung unseres Vaterlandes von dem allergrößten Schaden sein muß.“ Die Eingabe schließt mit ehrerbietigem Bitte an den hohen Bundesrat, dem ihnen vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über Arbeitersammeln sowie der Bildung besonderer, auf geistlicher Grundlage beruhender Betriebsräte der gewerblichen Arbeiter überaus, seine Zustimmung verlängen zu wollen.

